



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 6.

Berlin, den 12. Mai 1918.

13. Jahrgang.

## Sicherungen gegen Frieden und Volksrechte.

Berlin, den 6. Mai 1918.

### Gegen die „gefährliche Radikalisierung“ Preußens.

Das Wort „Sicherungen“ spielt jetzt in der inneren und äußeren Politik Deutschlands eine große Rolle. Seine häufige Anwendung widerlegt den Ausspruch des Glücksritters Riccault de la Marlinière in Lessings „Minna von Barnhelm“, daß die deutsche Sprache „ein plump Sprat“ sei. Nur böswillige Verleumdung kann behaupten, daß es bei uns Leute gibt, die Annexionen wollen. Nein, man will nur „Sicherungen“ in Ost und West. Nur Narzen können meinen, daß das, was in der Ukraine, in Estland usw. vor sich geht, mit den Friedens- oder „Freundschafts“-Verträgen, deren Tinte kaum trocken geworden ist, nicht recht in Einklang stehe. Nein, man will nur „Sicherungen“ haben, daß die Ukraine ihren Lieferungsverpflichtungen nachkommt und daß in Estland der anarchische Zustand aufhört und Gott weiß, was sonst noch für „Sicherungen“ notwendig sind. Ganz falsch ist aber die Meinung, daß die preussische Regierung und die bürgerlichen Bundesbrüder des Regierungsozialismus an dem gleichen Wahlrecht herumzwackte und -zwackte. Nein, man will nur „Sicherungen“ haben, die, wie Herr Staatsminister Dr. Friedberg sagte, „die unangenehmen Folgen eines gleichen Wahlrechts ausschließen“.

Am 2. Mai hat das preussische Abgeordnetenhaus mit 235 gegen 183 Stimmen das gleiche Wahlrecht, so wie es im Regierungsentwurf vorgesehen war, abgelehnt. Das Pluralwahlrecht mit seinen sieben Stimmen für Alter, Besitz, Bildung usw. ist mit 232 gegen 183 Stimmen angenommen worden. Das geschah in der zweiten Lesung. Die dritte Lesung steht noch bevor. Die Regierung hat die Absage der Wahlrechtsfeinde ruhig eingestekt, sie hat bis jetzt auch auf den Theaterdonner des Regierungsozialismus gepfeifen, der in der Loge des Volkstribunen die Auflösung des Abgeordnetenhauses verlangt. Die Hertling, Friedberg usw. werden so leicht nicht ihre besten Freunde vor den Kopf stoßen. Außerdem ist die allgemeine Situation auch nicht derart, daß die maßgebenden Stellen sich um das Aschenbrödel Demokratie in Unkosten stürzen sollten. Kein Mensch weiß heute, was bis zur dritten Lesung aus der „Demokratisierung“ Preußen-Deutschlands werden wird. Aber Graf Hertling hat, wie wir in der vorigen Nummer mitteilten, angedeutet, daß er mit sich reden lassen werde. Und wir armen Sterblichen haben ja keine Ahnung, was in diesen Tagen hinter den Kulissen zwischen Regierung und den verschiedenen bürgerlichen Parteien gekuhandelt werden mag. Graf Hertling hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er über das Thema „Sicherungen“ zu weiterer Diskussion gern bereit sei.

Der Arbeiterschaft kann nicht oft genug gesagt werden, gegen wen sich das harmlose Wort „Sicherungen“ richtet. Die Reaktionsäre sprechen von einer gefährlichen Radikalisierung Preußens; das heißt in allgemein verständliches Deutsch übertragen: Die „Sicherungen“ sollen der Arbeiterschaft, dem werktätigen Volke, die Waffe des gleichen Wahlrechts zu einem Pappschwerte machen, mit dem man wohl martialisch herumfuchteln, aber seinen Gegner nicht weh tun kann. Darum sind schon in dem Regierungsentwurf selbst eine hübsche Anzahl „Sicherungen“ eingebaut worden.

Allein der kluge Mann baut vor. Wie man draußen nicht genug „Sicherungen“ haben kann, so auch drinnen. Nach dem 2. Mai ist man eifrig am Werke, neue „Sicherungs“-pläne zu entwerfen. Da diese in der Hauptsache vom Zentrum ausgehen,

dürfte Graf Hertling ihnen nicht ganz ahnungslos gegenüberstehen. Eine solche neu ausgekobelte „Sicherung“ ist z. B. der Zentrumsantrag, nach dem eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung Preußens nur dann vor sich gehen kann, wenn dafür eine Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus zustande kommt. Das heißt in der Praxis: die Bevorzugung des platten Landes, d. h. des agrarischen Elements gegenüber den Städten und Industriezentren soll möglichst verewigt werden. Denn die guten Rechner des Zentrums wissen ganz genau, daß das „gesicherte“ gleiche Wahlrecht keine „radikalisierte“ Zweidrittel-Mehrheit zustande kommen läßt.

Eine weitere, vielleicht noch bössere „Sicherung“ ist der Zentrumsantrag, nachdem alle die katholische wie protestantische Kirche sowie die Volksschule betreffenden Beschlüsse und Gesetze ebenfalls mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßt und angenommen werden müssen. Das heißt, die Weltanschauung der Kinder der Arbeiterschaft soll vielleicht noch mehr als jetzt in die spanischen Stiefel des protestantischen und katholischen Glaubenszwanges eingestekt werden, das „demokratisierte“ Parlament soll als Bollwerk gegen eine geistige Radikalisierung der Massen dienen. Daneben soll die Kirche unter parlamentarischer Deckung die ordnungstüchtige Rolle im Obrigkeitstaate weiter spielen, die sie einst im absolutistischen Polizeistaate frei und unverhüllt gespielt hat. Damit würden die Dunkelmänner beider Konfessionen den viel umstrittenen sozialdemokratischen Programmsatz in ihrer Weise interpretieren, wobei auch die kümmerlichen Ansätze von Geistesfreiheit unter den Schlitten lämen.

Eine weitere „Sicherung“ will dann das Zentrum unter Zuhilfenahme des Herrenhauses errichten. Bei Meinungsverschiedenheiten über den Staatshaushalt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus soll in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Häuser entschieden werden. In solchen Fällen würden natürlich die 510 in der Hauptsache agrarischen und großkapitalistischen Stimmen des Herrenhauses das Abgeordnetenhaus majorisieren. Die schönsten Reden von vielleicht 100—120 sozialdemokratischen Abgeordneten wären dann in wichtigen politischen Fragen bloße Lusterfütterungen; bei entscheidenden Abstimmungen würden die Vertreter der Arbeiterschaft an die Wand gedrückt.

Es ist zurzeit nicht abzusehen, was aus diesem „Sicherungs“-Kuddelmuddel herauspringen wird. Soviel steht aber fest, daß es mit der „Weltenwende“, von der der „Vorwärts“ einmal in bezug auf das Wahlrechtsversprechen schrieb, Eßig ist. Denn die Welt wendet sich nicht so leicht, wie Herr Stampfer die Tinte aus der Feder läßt oder die Neuorientierungstraben dem Gehege der Zähne Scheidemanns entfliehen. Die Wahlrechtsfeinde der verschiedenen politischen Schattierungen handeln, wie sie ihren Klasseninteressen entsprechend handeln müssen, und die Regierung ist zu sehr fleisch vom Fleische dieser Klassen, als daß sie der Demokratie nur auf gutes Zureden hin die Bahn frei macht. Da muß die Arbeiterklasse schon mit der gleichen Energie ihre Klasseninteressen verteidigen und für diese „Sicherungs“-Mittel anwenden, die dem Wesen des proletarischen Kampfes entsprechen. Dabei wird sie allerdings bald merken, daß ihr Ringen um die politische Macht sich nicht auf die schwarz-weißen Landesgrenzen beschränken kann, daß der preussische Wahlrechtskampf heute nur noch eine Teilerscheinung des großen Ringens mit den imperialistischen Gewalten ist.

Der Regierungsozialismus möchte den Wahlrechtskampf gern nur zu einer Raßbalgerei innerhalb des preussischen Pferchs herabdrücken. Seine Sünden auf dem Gebiete der Kriegspolitik lähmen ihm auch hier den Arm und wenn er auch noch so sehr in seine preussische Marmitropete bläst. Der bürgerliche Demokrat von Gerlach hat schon recht, wenn er in bezug auf das regierungsozialistische Verhalten zu den letzten Vorgängen im Abgeordnetenhaus schreibt: „Der Artikel, mit dem der „Vorwärts“ die rettungslose Blamage der von ihm bisher gestützten Regierung kommentiert, ist so ziemlich das Traurigste an Halbsheit, was die Scheidemannsche Sozialdemokratie im Kriege produziert hat.“

### Die Grenzen des Parlamentarismus.

Die lebhaften Erörterungen über die preussische Wahlrechtsfrage hat das Problem der Stellung des Proletariats zum Parlamentarismus überhaupt in den Kreisen der Parteigenossen stärker in den Vordergrund gestellt. Wir haben stets betont, daß der Parlamentarismus des kapitalistischen Klassenstaates bestimmte Grenzen hat, deren klare Erkenntnis vor einer Ueberschätzung und vor einer Unterschätzung der parlamentarischen Tätigkeit bewahrt. Es seien daher hier einige Gedanken über die Grenzen des Parlamentarismus angeführt.

Zu den vielen störenden Erscheinungen, die den proletarischen Klassenkampf trüben, kommen auch noch solche, die im Wesen des Parlamentarismus selbst liegen. Es ist das, was K. Marx in seiner scharfen Weise als „parlamentarischen Kretinismus“ bezeichnete. Nach Marx tritt für den Parlamentarier alles, was sonst gesehen mag, industrielle Umwälzungen, technische Revolutionen, Kriege, alles, was die Welt bewegt, in den Hintergrund gegenüber jener Frage, die gerade in dem gegebenen Augenblick das hohe Haus beschäftigt. So offenbart sich hierin der Gegensatz zwischen der scheinbaren Macht und der wirklichen Schwäche des bürgerlichen Parlaments.

Die Macht des Parlaments ist in der kapitalistischen Gesellschaft mannigfach eingeschränkt. Vor allem durch den kapitalistischen Besitz. Dadurch werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, die alle anderen sozialen Beziehungen bestimmen, in großen Stücken dem Wirkungskreis des Parlamentes entzogen. Der Zusammenhang dieser Verhältnisse mit der Politik ist so groß, daß der kapitalistische Staat selbst zu immer schärferen Uebergriffen in das Gebiet des kapitalistischen Privateigentums sich veranlaßt sieht. Immerhin bleiben aber die Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Besitz und dem Staat noch immer derartige, daß das Parlament durch die kapitalistische Produktionsentwicklung vor fertige Tatsachen gestellt wird. So bewegten sich vor dem Kriege die Debatten des deutschen Reichstages jahrzehntelang im Fahrwasser der Mittelstandspolitik, er wollte das Handwerk retten, die Börse einschränken, und kam auf einmal, fast unbemerkt für sich selbst, unter dem Einfluß der kapitalistischen Produktionsentwicklung zu einer weltkapitalistischen Kolonialpolitik mit der Börse an der Spitze. Nicht anders vollzog sich in Amerika der Uebergang von Demokratie zum kapitalistischen Imperialismus. Der Wechsel der parlamentarischen Szenerie ging so rasch vor sich wie auf einer Drehbühne.

Die zweite Beschränkung der Macht des Parlaments liegt in der Beschränktheit des Staates selbst. Bei den Kleinstaaten steht man das ohne weiteres. Die Kleinstaaten sind in ihrer ganzen sozialen Entwicklung von den Großstaaten abhängig. Aber auch die Großstaaten werden immer mehr zur Bedeutung von Kleinstaaten herabgesunken in dem Maße, wie die Weltzusammenhänge der kapitalistischen Produktion sich erweitern. Wo, wie es in Nordamerika vor dem Kriege

in **Erkenntnis** trat, der kapitalistische Privatbesitz und die kapitalistische Weltwirtschaft sich vereinigen, tritt die Machtlosigkeit des kapitalistischen Staates und des Parlamentes erst recht in ein besonders grelles Licht. So bei den großen Krüften.

Eine weitere Einschränkung des Parlamentarismus ergibt sich aus der Teilung zwischen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt. Selbst wo die Minister von dem Parlament gewählt werden, bildet doch der Regierungsapparat mit seiner Beamtenherrschaft und Armee eine mehr oder weniger selbständige politische Macht.

Dazu kommen die Hemmungen des Einflusses des Parlaments, die sich in verschiedenen Ländern aus der Verfassung ergeben. Sie gipfeln in dem Uebergewicht der Regierungsgewalt und in der Einschränkung selbst der gesetzgeberischen Tätigkeit des Parlaments.

Die wichtigste Beschränkung der Macht des Parlaments liegt aber in seiner Eigenschaft als Vertretungskörperschaft. Die Abstimmung im Parlament gibt die formelle Entscheidung — wir sehen hier von konstitutionellen Einschränkungen ab. Aber diese Abstimmung ist auf alle Fälle nur eine Macht, wenn sie von einer Macht außerhalb des Parlaments unterstützt wird. Also auf diese kommt es an.

Wird schon der Parlamentarier durch seine exponierte Stellung zur Ueberschätzung seines Einflusses verleitet, so wird er in dieser Ueberschätzung ungemein durch die parlamentarische Illusion bestärkt, daß das Stimmenverhältnis im Parlament dem politischen Kräfteverhältnis im Lande entspricht. Das ist aber durchaus falsch. Geschweige schon von dem Wahlrecht, der Wahlkreiseinteilung und der Wahlmacht der Regierung und der herrschenden Parteien, die so wirken, daß bis jetzt noch in keinem Lande der Welt auch nur eine einzige Parlamentswahl unverfälscht herauskam, bestehen die politischen Machtfaktoren eines Staates keineswegs bloß aus Wahlstimmen.

Die wirtschaftliche Macht der Kapitalistenklasse ist zugleich ein politischer Machtfaktor. Die Banken und die Börse insofern ihrer herrschenden Stellung im kapitalistischen Verlehr und insofern der finanziellen Abhängigkeit des Staates vom Geldmarkt sind ein politischer Machtfaktor für sich. Die Regierung ist ebenfalls ein Machtfaktor für sich. Die Armee. Das Beamtentum. Dann kommen die verschiedenen Volksschichten mit ihrer Stimmenzahl und ihrem sozialen Einfluß. Schließlich die Arbeiterschaft, die — vom parlamentarischen Gesichtspunkt aus — nur ihre Stimmen in die Waagschale zu werfen haben. Alle diese Faktoren machen sich geltend bei den parlamentarischen Abstimmungen, so daß diese vielmehr das Maß der Interessenkonflikte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, als das Verhältnis der Volksmassen zueinander wiedergeben. Das politische Kräfteverhältnis vollends wird nur offenbart, wenn die wirkenden Faktoren im offenen Kampf gegeneinander sich messen. Deshalb und weil die parlamentarischen Abstimmungen auf dem plumpen Gegensatz von Majorität und Minorität beruhen, kann eine starke Veränderung im Lande eintreten, ohne die parlamentarischen Entscheidungen wesentlich zu beeinflussen.

Das Parlament ist also keine selbständige politische Macht. Das höchste, was es sein kann, ist der Anzeiger der politischen Tendenzen und Stimmungen im Volke, das politische Barometer. Aber auch als solches ist es höchst unvollkommen. Denn zu alledem kommt, daß die parlamentarischen Fraktionen, obwohl sie Interessenvertretungen sind, auch noch ihren eigenen Gesetzen folgen, die sich aus der politischen Ueberlieferung, aus dem Geist der Führer und aus tausend Zufälligkeiten ergeben.

Kann denke man sich aber einen Laubstocher, der sich einbildet, daß er das Wetter macht, und man wird sich ungefähr die Selbstgefälligkeit vorstellen können, mit welcher der eingelebte Parlamentarier über die Geschicke des Volkes zu entscheiden glaubt.

Sowohl auch sozialdemokratische Parlamentarier von dieser politischen Autosuggestion betroffen werden, äußert sich das darin, daß sie sich gewöhnen, die parlamentarische Behandlung als den Gipfelpunkt einer politischen Aktion, die parlamentarische Abstimmung als politische Entscheidung zu betrachten. Einem solchen scheint die Welt vernagelt zu sein, die Geschichte stellt ihren Lauf ein, alle Kräfte ruhen, nichts kann geschehen und jedes Hoffen ist vergebens, — wenn sich im Parlament dafür nicht eine Mehrheit findet.

Wenn wir in Vorstehendem einigen Gedanken Ausdruck gegeben haben, die gegen eine Ueberschätzung des Parlamentarismus sprechen, so soll damit nicht einer Unterschätzung oder gar einer Verwerfung des Parlamentarismus das Wort geredet werden. Der proletarische Kampf bedarf auch des parlamentarischen Terrains, nur soll das Proletariat nicht meinen, daß ihm hier die letzten der reifen Früchte seines Strebens heranreifen. Es wäre aber eine Art politischen Selbst-

mordes, wollten die Arbeiter die politischen Interessenvertretungen des kapitalistischen Staates, die bürgerlichen Parteien hübsch unter sich lassen. Nein, wie ein Pfahl im Fleische muß die parlamentarische Vertreterschaft des Proletariats im bürgerlichen Parlamente sitzen. Die Parlamentaristriebe muß die Kanzel sein, von der aus die Arbeiterklasse ausgerückt wird, und an Reformen muß herausgeholt werden, was nur immer herausgeholt werden kann, so weit dadurch der Kampfeswille und die Kampfkraft des Proletariats gestärkt werden können. Das wird in einer Zeit, in der der Imperialismus das Bürgertum mehr und mehr zu einer reaktionären Masse zusammenschweißt, nicht viel sein. Darum gehört der Kampf gegen parlamentarische Illusionen und alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Arbeiter mit Scheinerfolgen einzulassen, zu den wichtigsten Gegenwartsaufgaben des internationalen Sozialismus.

### Zur Gewerkschaftsfrage.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: „Die Zentralseitung der U. S. P. hat eine Erklärung veröffentlicht, welche vor dem Austritt aus den Gewerkschaften warnt und die Hoffnung ausdrückt, daß es gelingen müsse, die Gewerkschaften wieder mit sozialistischem Geiste zu durchdringen.“

Die Gewerkschaftsbürokratie wird hier als „Helferin“ der Regierungspolitik bezeichnet, damit ist wohl die offizielle Regierungspolitik gemeint, denn sonst wäre diese Bezeichnung nicht zutreffend. Die Gewerkschaftsbürokratie unter Führung der Generalkommission ist Anstifterin zu der Politik, welche die Scheidemann und Genossen beschritten haben. Die Generalkommission regiert nicht nur am Engländer, sondern auch in der Lindenstraße. Wehe den Scheidemännern, wenn sie es wagen sollten, einmal gegen den Stachel zu löden. Man gestattet ihnen wohl mal gelegentlich, radikale Worte zu gebrauchen, man achtet aber scharf darauf, daß die Taten dem Wesen der bürgerlichen Reformpolitik entsprechen. Konsequenter wie die Gewerkschaftspolitik immer ist, hat sie für ein Mittel gesorgt, um ihren politischen Wünschen Nachdruck zu verleihen, und das ist in diesem Falle der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Die Zentralseitung der U. S. P. hat recht, wenn sie es für falsch erklärt, wenn die Parteigenossen den Gewerkschaften den Rücken kehren, das heißt ohne Kampf das Feld räumen, aber die Zentralseitung muß dann auch einen Schritt weiter gehen, sie muß der Opposition in den Gewerkschaften den Rücken stärken.

Das Wort „Partei und Gewerkschaften sind eins“ hat ja gegenwärtig keine Geltung mehr, weil zwei Parteien bestehen und die Gewerkschaften sich für die Regierungssozialisten und gegen uns erklärt haben, wenn auch nicht in voller Einmütigkeit, so doch die maßgebenden Instanzen.

Für uns soll Partei und Gewerkschaft in Zukunft aber eins sein und nicht nur in Worten, sondern auch nach den Taten, sie muß diese Einheit aufbringen, wenn die Arbeiterbewegung ihren historischen Aufgaben gerecht werden will, wenn sie den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft erfolgreich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln führen will.

Die Opposition in den Gewerkschaften hat einen schweren Stand, da die Machtmittel, über welche die Gewerkschaftsleitungen verfügen, noch weit größer sind, als es in der Partei der Regierungssozialisten der Fall ist. Diese Machtmittel der Gewerkschaftsinstanzen und die Einrichtungen der Gewerkschaften, welche mit Demokratie nur wenig gemein haben, verhüten das Eindringen der Opposition, namentlich wenn diese sich erst entwickeln muß.

Betrachtet man die Bewegung in den Gewerkschaften, so muß man zu dem Resultat kommen, daß die Fortschritte der Opposition sehr minimal sind, trotzdem die Stimmung für uns durchaus nicht ungünstig ist. Dies hat seine Ursache darin, daß die Opposition zerplittert ist. Wir müssen, wenn wir die Gewerkschaften an Haupt und Gliedern reorganisieren wollen, die Opposition sammeln und für den schweren Kampf, den sie in ihren Gewerkschaften zu führen haben, Waffen liefern und Schulen.

Jetzt kämpft in jeder Gruppe, jeder Mitgliedschaft, Zahlstelle oder Branche die Opposition für sich auf eigene Faust und so fehlt uns ein genauer Ueberblick über das Terrain, das wir bis jetzt erobert haben. Dies muß anders werden. Die Zusammenfassung der Opposition ist Vorbedingung für ein schnelles erfolgreiches Vordringen. Es kann dies auf folgende Weise geschehen.

Die Opposition einer Ortsgruppe oder Mitgliedschaft muß sich zusammensuchen, um erst ihre Kräfte kennen zu lernen. Dann müssen Vertreter jeder Gewerkschaft des öfteren zusammentreten und so eine Verbindung der Gesamtopposition am Orte herstellen, welche planmäßig arbeiten kann. Geschieht dies an allen Orten,

so ist die Verbindung geschaffen, es fehlt dann nur noch eine Zentralstelle, welche die Verbindung mit den einzelnen Orten herstellt. Diese Zentralstelle hat dann eine genaue Uebersicht über jede einzelne Gewerkschaft und der Gesamtbewegung, sie kann alle Vorgänge beobachten und in geeigneter Weise, wo erforderlich, eingreifen.

Heute kennen sich die Gewerkschaftsmitglieder einer einzelnen Gewerkschaft ja nicht einmal; die eine Gruppe weiß nicht, was in der anderen vorgeht. Die Gewerkschaftsorgane hüten sich natürlich, objektiv zu berichten. Die Zentralstelle hätte also auch die Aufgabe, als Material- und Informationsstelle zu funktionieren.

Man wird diese Einrichtungen als Spaltungsaktionen verfehlen, doch dies wird uns nicht hindern, den Kampf für eine internationale klassenbewußte Politik planmäßig zu betreiben.

Wenn wir diesen Weg beschreiten, dann werden auch unsere Genossen bei der Stange bleiben und sich um das Banner der Opposition scharen. Es wird ein harter Kampf werden, denn es stehen sich ja Weltanschauungen gegenüber, man wird mit dem beliebten Betäubungsmittel der gewerkschaftlichen Neutralität kommen, das ja immer hervorgeholt wird, wenn die Politik des wahrhaft proletarischen Klassenkampfes propagiert wird.

Da dies uns ebenfalls nicht abhalten wird, unser Ziel zu verfolgen, so kann auch in den Gewerkschaften der Zeitpunkt kommen, wo die Opposition als außerhalb der Gewerkschaften stehend bezeichnet wird, denn die Legien, Bauer und Genossen haben ja an den Vorgängen in der Partei und der Fraktion nicht geringen Anteil. Diese Tatsachen nicht sehen zu wollen, hieße den Kopf in den Sand stecken.

Aber gerade um allen Eventualitäten begegnen zu können, muß die Opposition gesammelt werden. Nur dann wird sie in absehbarer Zeit das Feld behaupten.

### Die englischen Frauen kämpfen weiter.

Die englischen Frauen haben das politische Wahlrecht, wenn auch in beschränkterem Umfange als die Männer, erstritten. Ihr Sieg ist der vorläufige Abschluß von jahrzehntelangen heißen Kämpfen, die in den letzten Jahren vor dem Krieg mit einer Erbitterung von beiden Seiten geführt wurden, die sich kaum noch steigern ließ. Aber haben die Frauen nun ihr Endziel erreicht? Können sie zurückschauen auf ihre Arbeit und sich der Ruhe freuen? Keineswegs.

Die Frage scheint noch nicht mit voller Klarheit beantwortet zu sein, ob die Frauen das Recht auf sich und Stimme im Parlament haben. Das aktive Wahlrecht ist ihnen zugesprochen, um das passive muß noch gerungen werden.

Und die englischen Frauen benutzen die erste sich bietende Gelegenheit, um einen Vorstoß in dieser Richtung zu unternehmen. Miss Anna Boyle, eine der Vorläuferinnen in der Frauen-Freiheits-Liga, macht den Versuch, sich bei der ersten Nachwahl im Kreise Keighly als Kandidat aufstellen zu lassen. Verweigert der Wahlbeamte die Anerkennung ihrer Ernennung, so sieht es Miss Boyle frei, sich an den Gerichtshof zu wenden, um eine Entscheidung zu erlangen. Die Sache kann dann weitergehen an den Appellationsgerichtshof und an das Haus der Lords. Die Durchführung dieses Kampfes hätte nicht allein den Wert, Klarheit über die Rechte der Frauen zu schaffen, sie würde auch dazu beitragen, das Interesse der Frauen wachzuhalten und so in hohem Maße agitatorisch wirken.

Der Wahlbeamte hat bei der Erledigung dieser Angelegenheit ziemlich weitgehende Vollmachten. Bei ihm liegt die Entscheidung darüber, ob die Aufstellung im Widerspruch zum Wahlgesetz geschieht, und allgemein wird angenommen, daß er die Kandidatur Miss Boyles verweigern wird.

Bei den allgemeinen Wahlen in England wird eine ganze Anzahl von Frauen sich aufstellen lassen, unter ihnen die Genossinnen Snowdon und Bondfield. Sie leben mutig ihrem neuen Kampf entgegen: „Wenn die richtige Art Kandidatinnen aufgestellt wird,“ so meinte die Genossin Snowdon, „dann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Land bereit ist, dieses alte männliche Vorrecht zu befeitigen.“

Diese kampfesfrohe Stimmung unter den englischen Genossinnen ist sehr zu begrüßen. Im politischen Leben gibt es keine Ruhe, Stillstand ist Rückschritt. Und in Preußen-Deutschland stehen wir still. Die preussischen „Herren“ haben noch vor kurzem erklärt, daß die Frauen nicht einmal die Stimmberechtigung in den städtischen Deputationen haben sollen!

Wahrhaftig, ein riesenhafter Unterschied zwischen den preussischen und den englischen Lords! Aber nicht geringer ist der zwischen den englischen und den deutschen Frauen. Dort Kampfesfreude und Tatkraft — hier Indolenz und Gleichgültigkeit gegenüber den wichtigsten Fragen der Gegenwart und Zukunft. Es wird Zeit, daß wir von den Frauen im Ausland lernen.

### Gewaltige Vermögensbildung.

Gerade jetzt, wo man sich im Reichstag ansieht, unter Schonung der durch unerhörte Kriegsgewinne gestärkten Schultern, der minderbemittelten Bevölkerung riesenhafte Lasten in der Form von indirekten Steuern aufzuerlegen, ist es angebracht, auf die heillosen Ernte der Kapitalisten hinzuweisen. Als reiner Profit, dem keinerlei Gegenleistung gegenübersteht, fließen einigen Begnadeten viele Millionen zu. — Die „Frankf. Ztg.“ (Nr. 114) veröffentlicht eine Zusammenfassung über die Geschäftsergebnisse von 8 Großbanken aus den letzten

zwei Jahren. Es handelt sich um die folgenden Unternehmen: Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Diskontobank, National-Bank und Mitteldeutsche Kredit-Bank. Diese Gesellschaften zusammen erhöhten, von 1916 auf 1917, ihr:

Attienkapital	um 95,00 Mill. auf 1350,00 Mill. M.
den Reingewinn	" 25,15 " " 169,70 " "
die Dividende	" 16,33 " " 125,15 " "
die Tantiemen	" 8,69 " " 23,37 " "

Ganz besonders auffällig ist die Steigerung der Tantieme; wobei noch zu bemerken ist, daß die angegebene Summe nicht die Vorstandstantieme bei der mitbeteiligten Schaffhausen's Bank enthält. Angaben darüber fehlen.

Nimmt man das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters mit 2000 M. an, dann müßten 85 000 Arbeiter ein ganzes Jahr schaffen, um den Beitrag zu erlangen, der von den 8 Banken als Reingewinn herausgewirtschaftet worden ist. Und die Aktionäre, die doch keinen Handschlag zu tun brauchen, bekommen gerade soviel, wie 62 000 Arbeiter bei dem angegebenen hohen Durchschnittsverdienst für eine ganze Jahresfristigkeit an Lohn erlangen würden. Und das erarbeitete Einkommen wird mit schwer drückenden Steuern beladen, jedoch das mühselos Erworbene soll möglichst gespart werden.

Wer zweifelt noch daran, daß wir in der besten aller Welten leben?

## Hoch- und Landesverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts beendete am Sonnabend nach sechstägiger Verhandlung einen Hoch- und Landesverratsprozeß gegen zwölf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts aus der Dresdener Gegend, welche als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie verschiedene Flugblätter verbreitet hatten. Die Angeklagten, von denen drei noch nicht 18 Jahre alt sind, wurden verurteilt zu Zuchthausstrafen bis zu acht Jahren und zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren sechs Monaten. Im einzelnen wurden verurteilt: 1. die Kontoristin Wella Henker aus Döhren, 23 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats in zwei Fällen und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus; 2. die Fabrikarbeiterin Margarete Hahn aus Birtigt, 19 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und 3. die Fabrikarbeiterin Gertrud Grübler aus Zanderode, 20 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu je einem Jahr 3 Monaten Gefängnis; 4. die Arbeiterin Marie Griesbach aus Dresden, 21 Jahre alt, wegen versuchten Hochverrats, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Klassentkampf und zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust; 5. die Bibliothekarin Margarete verw. Just aus Burgk, 27 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats zu ein Jahr 3 Monaten Gefängnis; 6. der Steinruderlehrling Kurt Schäfer aus Dresden, 17 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 8 Monaten Gefängnis; 7. der Buchhalter Willi Richter aus Dresden, 23 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis; 8. der Zeichnerlehrling Arno Grühl aus Dresden-Cotta, 17 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats usw. zu ein Jahr 1 Monat Gefängnis; 9. der Buchdrucker Maximilian Hünig aus Dresden, 66 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat in zwei Fällen sowie Aufforderung zum Klassentkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu vier Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust; 10. die Maurersebekfrau Minna Kaumann aus Dresden, 36 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus; 11. der Kaufmann Erich Lewinsohn aus Dresden, 26 Jahre alt, wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen versuchten Landesverrats sowie Aufforderung zum Klassentkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust; 12. der Klavierbaulehrling Walter Schotola aus Deuben, 16 Jahre alt, österröschischer Staatsangehöriger, wegen versuchten Landesverrats zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Henker, Grübler, Griesbach, Just, Grühl und Kaumann wurden je 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet, den Angeklagten Hahn und Schäfer je 1 Monat, den Angeklagten Richter und Schotola je 2 Monate, dem Angeklagten Hünig 6 Monate und dem Angeklagten Lewinsohn 4 Monate. Außerdem wird noch auf Einziehung der beschlagnahmten Druckschriften und Andrauhbarmachung der zur Herstellung derselben benutzten Platten erkannt. — Die Angeklagten waren Mitglieder des sozialdemokratischen Jugendbildungsvereins für Dresden und Umgegend oder standen zu ihm in Beziehung. Nach Ausbruch des Krieges trat eine Spaltung ein und es bildete sich später unter den unabhängigen Sozialdemokraten des Vereins eine besondere Kampforganisation, in deren Hintergrund die Angeklagten Henker und Lewinsohn standen. Von den übrigen Angeklagten waren die meisten in Vorstandsämtern usw. tätig. Der hiesige Vertreter General des 12. Armeekorps hatte verboten, Druckschriften ohne Nennung des Verlegers und Druckers zu verbreiten. Gleichwohl haben die Angeklagten im Sommer 1917 eine Anzahl von Schriften ohne diese Bezeichnung verbreitet. In der Urteilsbegründung wurden als solche Schriften aufgeführt: Der Stürmer, Spartakus, Jugendruf. Das Gericht hat festgestellt, daß in einzelnen dieser Schriften, die zum Teil in großen Mengen verbreitet wurden, die Aufforderung zum gewalttätigen Umsturz des Deutschen Reiches und zur Benachteiligung der Kriegsmacht des Reiches enthalten ist, insbesondere wird darin zu einem allgemeinen Streik am 2. und 3. Sept. 1917 zur Herbeiführung des Kriegsendes aufgefodert, ferner wird darin zu Gewalttätigkeiten gegen gewisse Bevölkerungsklassen und zum Ungehorsam gegen die Vorschriften über die

Wehrpflicht aufgefordert. Die Verbreitung der Schriften hat nicht nur durch Verteilung und Versendung, sondern auch durch Ankleben an Plakatsäulen und Häuser stattgefunden. Der Anteil der einzelnen Angeklagten an den verschiedenen Straftaten wird in den Gründen eingehend dargelegt und es wird insbesondere hervorgehoben, daß die Angeklagten Lewinsohn, Hünig und Schotola sich besonders hervorgetan haben. Während die Umstände wurden den Angeklagten nicht bewilligt, weil sie sich in einer Weise betätigt haben, die Abscheu hervorrufen müsse, so hätten sie im Kriege, wo es gelte, die Interessen des Vaterlandes in erster Linie wahrzunehmen, lediglich von Rücksicht auf ihre Partei- und Klassengenossen leiten lassen.

## Aus der Bewegung.

**Aus der Parteileitung.** In Stelle des Genossen Wilhelm Dittmann, der sich bekanntlich zurzeit in Festungshaft befindet, ist Genosse Ernst Däumig als Sekretar in die Parteileitung gewählt worden und hat seine neue Tätigkeit begonnen. Die Briefadresse lautet: Ernst Däumig, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Treppen.

**Aus der Internationals.** Die Parteileitung der U. S. P. D. erhielt aus Luxemburg folgende telegraphische Trauernachricht:

„Infolge Arbeitsunfall verschied am 1. Mai Genosse Schortgen, Bergmann, Abgeordneter und Vorsitzender der Parteileitung.“

Um das Halle'sche Volksblatt. Der Vorstand des Unabhängigen sozialdemokratischen Vereins und die Funktionäre von Verlag und Preßkommission des „Volksblatts“ in Halle a. S. veröffentlichten in letzterem eine Erklärung folgenden Inhalts:

„Wir haben den Parteigenossen der U. S. P. im Bezirk Halle und den Lesern des Volksblattes die Mitteilung zu machen, daß mit dem heutigen Tage der bisherige Geschäftsführer des Verlags Volksblatt, G. m. b. H., Herr Wilsch. Herzig, von seinem Posten dispensiert worden ist.“

Es wird zur Genüge bekannt sein, daß Herr Herzig mit den Genossen Jähmig und Reitwand als Treuhänder des sozialdemokratischen Vereins die Gesellschaft m. b. H. Verlag Volksblatt bildete. Beim Uebertritt des 1889 gegründeten sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschland trat Herr Herzig nicht mit über, sondern schloß sich der Gruppe Thiele-Barbe an, die in Halle einen neuen sozialdemokratischen Verein ins Leben rief und ein Konkurrenzblatt, die Halle'sche Volksstimme, gründete.

Am Tage nach dem Uebertritt am 7. Mai begaben sich die Genossen Jähmig, Reitwand und Albrecht zu Herrn Herzig in das Geschäftszimmer des Verlags und fragten ihn, was er nun zu tun gedenke. Herzig erklärte, daß er zur U. S. P. nicht mit übertrete, daß er aber seinen Posten als Geschäftsführer wie bisher weiterführen würde, daß er die bestehenden Parteinstanzen anerkenne und daß er — darauf wurde Herzig besonders aufmerksam gemacht — niemals den Versuch machen würde, das Volksblatt dem neuen Verein in die Hände zu spielen. Herzig erklärte auch die Parteinstanzen fast dreiviertel Jahr lang an. Da er aber nicht zu unserer Partei gehörte, war es selbstverständlich, daß wir ihn zu internen Besprechungen der U. S. P. nicht mehr eingeladen haben. Darüber fühlte sich Herzig gekränkt und beschwerte sich deshalb beim Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, dem Genossen Albrecht. Es kam zu Auseinandersetzungen, die dazu führten, daß Herzig vor Vorstands- und Preßkommissionsmitgliedern die Erklärung abgab, seine Stellung als Geschäftsführer zum 31. März dieses Jahres kündigen zu wollen. Da Herzig die Kündigung bis zum äußersten Termin, am 31. Dezember v. J., nicht eingereicht hatte, sah sich Vorstand und Preßkommission veranlaßt, ihm zu kündigen. Herzig nahm die Kündigung nur unter Vorbehalt an und führt dagegen Klage beim Gericht, ersiens wegen formaler Verstöße gegen das Vereinsstatut, das für die Anstellung und Entlassung qualifizierter Angestellter besondere Bestimmungen enthält, und zweitens, weil er die Instanzen, denen Herzig seine Kündigung wiederholt angeboten und denen er sich acht Monate lang unterstellt hatte, nicht als zur Kündigung berechtigt anerkannte. Preßkommission und Vorstand sahen sich veranlaßt, die Kündigung zurückzunehmen, weil sie die formellen Verstöße gegen das Organisationsstatut zugeben mußten. (Es konnten wegen des Belagerungszustandes keine Dividenden im ganzen Wahlkreis abgehalten werden.)

Kurze Zeit darauf ging Herzig zu einem Notar und erklärte, daß seine Mitgesellschafter Jähmig und Reitwand aus der Gesellschaft m. b. H., Verlag Volksblatt, ausgeschieden seien, weil sie nicht mehr Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis wären. An ihrer Stelle ließ Herzig den früheren Bezirkssekretar Dreischer und den Ortskrankensassenangehörigen Dölg, beide Mitglieder des neuen sozialdemokratischen Vereins und Anhänger der „Volksstimme“, als Gesellschafter eintragen. Herr Herzig ging nun zu einer eigenmächtigen Geschäftsführung über, erkannte die Instanzen nicht mehr an, ließ seine Kassenevisionen mehr abbauen und führte gegen den Widerspruch von Preßkommission und Redaktion die Unterhaltungsbeilage „Neue Welt“ ein, die laut einer Erklärung des Vorstandes der Scheidemannpartei Blättern der unabhängigen Partei nicht geleistet wird.

Es lag also die Gefahr vor, daß das „Volksblatt“ nach dem Muster von Duisburg, Bremen, Braunschweig, Düsseldorf usw. gewaltsam und entgegen dem Willen der Parteinstanzen und Parteigenossen zu einem Blatt der Scheidemannrichtung gemacht werden sollte.

Um das zu verhindern, hatten die alten Gesellschafter Jähmig und Reitwand eine Gesellschafter-Sitzung anberaumt, zu welcher Herr Herzig geladen

und erschienen war. In dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, gegen die Eintragung von Dreischer und Dölg als Gesellschafter Beschwerde beim Gericht zu erheben; außerdem wurde mit Stimmenmehrheit beschloffen, den Anteil des Gesellschafters Herzig einzuziehen und ihn seines Postens als Geschäftsführer zu entheben. Am 18. April v. J. erhielt nun Genosse Jähmig einen Bescheid der 2. Kammer für Handelsachen des Rgl. Landgerichts Halle a. S. zugeestellt, wonach seine Beschwerde gegen die undenkliche Einsetzung von Dreischer und Dölg zu Gesellschaftern als berechtigt anerkannt wird und die Genossen Jähmig und Reitwand wieder in ihre Rechte eingesetzt wurden. Danach konnten zugleich auch die Parteinstanzen (Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und Preßkommission) wieder in Funktion treten.

Nunmehr beschloffen die Gesellschafter am 29. v. M., im Hinblick auf den Monatsabschluss, die übliche Prüfung der Bücher und Kasse vorzunehmen, was Herrn Herzig am Vormittag des 30. v. M. mitgeteilt war. Bei der Uebernahme von Kasse und Büchern teilte der Gesellschaftervertreter Genosse Schade Herrn Herzig mit, daß er im Hinblick auf die von ihm selbst herbeigeführten unhaltbaren Zustände und um das Blatt und seine politische Richtung sicherzustellen, seines Postens als Geschäftsführer entheben sei. Eine Kündigung wurde nicht ausgesprochen. Gegen protestierte Herr Herzig und weigerte sich, die Wertpapiere des Verlags an seinen von den Instanzen bestimmten Nachfolger zu übergeben. Als er diese Weigerung nicht durchsetzen konnte und die Gesellschaftervertreter die Interessen der Gesellschaft an den Wertpapieren und dem Kassensstande sicherten, ließ Herr Herzig die Polizei herbeiführen, worauf Beamte in größerer Zahl erschienen, den Sachverhalt feststellten und Herrn Herzig auf den Klageweg verwiesen. Der anwesende Volkskommissar erklärte Herrn Herzig ausdrücklich, daß seine Ansicht, es handle sich um einen tätlichen Ueberrfall und Verletzung, irrig sei. Die bestehenden Differenzen seien eine Privatangelegenheit, in denen das Gericht zuständig wäre. Darauf vertließen die Beamten die Geschäftsräume.

Die Gesellschafter des Verlags und die Preßkommission bestimmten, so heißt es in der Erklärung zum Schluß, den Genossen Herrn. Schade als Geschäftsführer des Verlags.

Wie sie kämpfen, die Regierungssozialisten nämlich, geht aus einer Kontroverse hervor, die sich zwischen dem „Gothaer Generalanzeiger“ und der Weimarer „Volkszeitung“ abspielt. Von der letzteren war in treuer Brüderlichkeit mit der „Thüringer Freien Presse“ das Herrn Baubert behauptet worden, daß wegen einer unferem Genossen angelegenen Beschimpfung „die gekränkten Hintermänner“ des unabhängigen Blattes sich Schutzsuchend an das Generalkommando und an die weiteren Instanzen gewandt und behauptet hätten, die „Thüringer Freie Presse“ verleihe den Burgfrieden. Jetzt muß die „Volkszeitung“ einer Berichtigung Raum geben, nach der diese Behauptung nach allen Richtungen hin unrichtig ist. Das Blatt verläßt sich jetzt auf die „Freie Presse“, irgendeinen Beweis kann sie nicht erbringen, obwohl sie zuerst die unwahren Behauptungen veröffentlicht hat. Das sind tapfere Heloten. Auch der „Vorwärts“ hat die Notiz weiterverbreitet, daß er seine Mitteilung zurücknehmen wird, ist kaum anzunehmen.

**Zur Klärung in Sachse.** In Freiberg i. S. fand am 28. April die Kreisgeneralversammlung statt. Der im Reichstag vom Abg. Wendel vertretene Kreis hat sich schon längst von der Politik der Scheidemann abgewandt. Sein Abgeordneter hat längst jedem Boden im Kreise verloren, nur die Kreisleitung bestand bisher noch zum Teil aus Regierungssozialisten. Das ist nunmehr vorüber. Die Kreisgeneralversammlung wählte mit 88 gegen 46 Stimmen einen Kreisvorstand, der nur aus Genossen der Opposition besteht. Danach wird auch das Parteiloben im Kreise künftig wieder einen einheitlichen, der Politik vom 4. August entgegengesetzten Charakter bekommen.

Das Landgericht Düsseldorf hat seine Verfügung, durch die unser bisheriges Düsseldorf'sches Volksblatt, die „Volkszeitung“, in die Hände der Abhängigen geriet, bestätigt.

Diese Entscheidung war zu erwarten, nachdem das Gericht, ohne die Gegenseite erst zu hören, eine solche Verfügung erlassen hatte. Dasselbe Gericht hat nun auch den Hauptprozeß zu entscheiden, was die Aussichten dieses Prozesses schon andeutet.

Wir nehmen an, daß unsere Düsseldorf'schen Genossen gegen den Beschluß Berufung einlegen, geben uns aber keinen Illusionen hin.

Die U. S. P. in Mannheim konnte nach vieler Mühe nunmehr auch erstmalig eine öffentliche Versammlung abhalten. Dieselbe nahm einen guten Verlauf. Das Referat des Genossen Simon-Münzberg fand einstimmige Zustimmung.

Bemerkenswert ist die Stellung der hiesigen Tagespresse. Die Aufnahme eines Inserates zu dieser Versammlung lehnte man ab; die Herren Abhängigen in der hiesigen „Volksstimme“, „würdigen“ die Parteileitung der U. S. P. nicht einmal einer Antwort. Stolz lieh ich den Spanier! Daß die Regierungssozialisten mit solchen Leistungen unsere Bewegung beeinträchtigen können, werden sie wohl selbst nicht glauben. Sie wissen nur zu gut, daß wir marschieren. Daher ihr Zorn und im vorliegenden Falle ihre „Rache“ durch Verweigerung einer Inseratenaufnahme. Doch einen weiteren „Erfolg“ haben sie zu buchen.

Die Hoffenheim'sche Parteimitglieder (die stärkste Mitgliedschaft der Landorte des Mannheimer Wahlkreises) vollzogen im August v. J. mit großer Mehrheit ihren Anschluß an die U. S. P. Darob große Wut der Abhängigen. Sie hefteten den Klageweg, um in Besitz des Kassensvermögens und der Vereinsunterlagen zu gelangen. Das Gericht hat nun in erster Instanz gegen unsere Genossen entschieden. Man hat sich ansehend an formale Einzelheiten anlässlich der damaligen entscheidenden Vereinsversammlung bemerkt, um so eine „Verurteilung“ unserer Genossen zu

erwirken. Mögen die Reglerungssozialisten mit den 400 Mark Kassenvermögen „glücklich“ werden. Uns aber bleiben die Bodenheimer Genossen und Genossinnen, die in langjähriger treuer Parteiarbeit so manche Feuerprobe abgelegt, als tapfere Kämpfer. Und darauf kommt es an!

### Aus der Zeit.

Das kommunistische Manifest für Salonsozialisten. Die Firma Anzengruber-Verlag, Brüder Sushukle in Wien, läßt, offenbar um einem ganz dringlichen Bedürfnis abzuhelfen, eine Brunkausgabe des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels erscheinen. Die Vorkausgabe kostet in 200 nummerierten Exemplaren auf Japan-Dokumentenpapier 20 Mark, daneben wird für das arme Volk eine Ausgabe auf holzsternem Dokumentenpapier für 10 Mark hergestellt.

Diejenigen, denen das kommunistische Manifest wirklich etwas zu sagen hat, werden sich auch weiterhin mit den populären Ausgaben für 20 und 30 Pf. begnügen und sie werden für ihren Lebenskampf mehr davon haben, als der sozialistische Snob mit seiner Ausgabe auf Japan-Papier.

Etwas über die „hollschewistischen Grenel“. Der Betrachter statter des „Berl. Tagebl.“, Leonhard Abel, schreibt in einem Briefe aus Odessa u. a.:

„Die Schauerwärmen über die hollschewistischen Grenelstatten in Odessa reduzierten sich auf einige Brand- schayungen bei reichen Leuten, auf Ueberfälle und Einbrüche, wie sie heute auch in anderen europäischen Großstädten vorkommen sollen, und auf die Ermordung einiger militärischer Marineoffiziere durch meuternde Matrosen. Einer phantastischen Legende zufolge sechshundert, die mit gebundenen Händen und Eisenkugeln an den Füßen ins Meer verfenkt worden seien. Mit der russischen Krieges- flotte liefen auch verschiedene vollbesetzte Getreide- schiffe aus Odessa aus und sollen Zuflucht im Asowschen Meer gesucht haben. Die Jagd nach diesen Schiffen, die mit unserem Bombardeur in der Krim und im Denez- gebiet ihre letzten Häfen zu verlieren drohen, gehört zu den spannendsten Kapiteln dieses denkwürdigen ukrai- nischen Krieges im Frieden. Entschlossen, ihre Selbst- herrlichkeit so teuer wie möglich zu verkaufen, hat jetzt die Schwarzmeerflotte Bevollmächtigte nach Odessa ge- sandt, um über Uebergabe und Verkauf mit uns zu ver- handeln. Der Vorkämpfer, den ich sprach, ist Marine- offizier und trägt, unbeschadet aller revolutionären Grundzüge, bei den Verhandlungen einen hohen Orden am Hals. Nicht die Piratenflotte, sondern der Kohlenmangel beeinträchtigte bisher den Schiffsverkehr auf dem Dnjepr, Bug, Dnjestr und dem Schwarzen Meer, für den das Kartell deutscher und österreichisch- ungarischer Reedereien genügend Schiffsraum verfügbar gemacht hat.“

Massensterben und Technik. Die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnerverwaltungen brachte kürzlich eine Notiz, aus der dem sozialpolitisch Geschulten ein erschütterndes Kulturbild aus der Zeit des Weltkrieges entgegentritt und das erkennen läßt, wie kurzzeit der Tod unter der minderbemittelten Bevölkerung Wiens auf- räumt. In der Notiz heißt es:

„Die starke Belagerung der städtischen Humanitätsanstalten, und zwar sowohl des Jubiläums- spitals als auch des Versorgungsheims, mit kranken, alten und schwerkranken Personen hat eine große Anzahl von täglichen Todes- fällen zur Folge; die Leichen mußten bisher in ein- zelnen Wagen nach dem Zentralfriedhof geführt werden. Aber es ist doch ein Wunsch wert, einen sol- chen Karren mit Bezeichnung der Leichen- wagen zu vermeiden und durch Verwendung großer Wagen für die gleichzeitige Beförderung mehrerer Leichen zu ersetzen, hat der im Kriege aufgetretene Mier- demangel die Durchführung dieses Wunsches zur Notwendig- keit gemacht. Die Direktion der Wiener Städtischen Straßenbahnen hat im Einvernehmen mit der Städtischen Eisenbahngesellschaft eine Beiwagen derart ausgearbeitet, daß die Aufnahme von 12 bis 18 Särge n gestattet ist. Der ganz geschlossene Wagen ist mit Holz verkleidet und grau gestrichen worden; an den Enden trägt er ein weißes Kreuz. Im Wagen- raum sind durch den Einbau eines Zwischenbodens der Höhe nach zwei Abteile geschaffen worden. In den Seitenwänden befinden sich Lüken. Die Särge werden leicht in den Wagen geschoben und liegen senkrecht zur Wagenachse. Dadurch, daß das obere Abteil nicht unter- stellt ist, können hier ungefähr zehn leichtere Särge untergebracht werden. Einweilen wird der Wagen nur zur Abförderung der Leichen vom Lainzer Versorgungs- heim verwendet. Es besteht die Absicht, einen Motor- wagen für die Leichenbeförderung in der Weise herzu- richten, daß auch die Leidtragenden in einem besonderen Abteil des Wagens mit auf den Friedhof fahren können und die Beerdigung unmittelbar an die Fahrt ange- schlossen werden kann. Derartige Einrichtungen bestehen schon seit Jahren beispielsweise in Mailand und Mexiko.“

Aus Venins Pariser Eendstagen. Im „Avanti“ gibt Willamows einige Episoden aus dem Leben der russischen Flüchtlinge in Paris bekannt, wo er zusammen mit Lenin und anderen Revolutionären weilte, bis ihm der Zusam- menbruch der zaristischen Regierung die Rückkehr nach der Heimat gestattete. In einem Winkel der französischen Hauptstadt, draußen an den alten Festungswällen, hatte sich die russische Kolonie, so gut es ging, häuslich einge- richtet. Sie wohnten alle zusammen in diesem von kleinen Beamten und Handelsleuten bewohnten Viertel. In einem grau angestrichenen Häuschen, das von einem mageren, verstaubten Gärtchen umgeben war, wohnte Lenin mit seiner Frau und der alten Mutter. Wenige Schritte entfernt davon hauste Ramenew in einem Keller, und in der Nähe hatte Zinowiew, der derzeitige Präsi- dent des Petersburger Sowjets, Quartier bezogen. Im Hintergrund eines Hofes befand sich die Druckerlei der

Revolutionenblätter: „Der Proletarier“ der Arbeiter- zeitung“ und des „Sozialdemokrat“. Zwei Seher und ein Expedient bildeten das gesamte technische und Be- triebpersonal dieser Presse. Redakteure, Seher und Expe- dient empfingen die gleiche Entlohnung: 200 Frank im Monat. Die schwierigste Aufgabe blieb dem Expedienten vorbehalten, dessen Amt es war, die Zeitungen und Druckschriften nach Rußland einzuschmuggeln. Man mußte die Aufmerksamkeit mehrerer russischer Geheimpolizisten täuschen, die die russischen Revolutionäre ständig über- wachten. Das gelang indessen so gut, daß dem scharfen Ueberwachungsdienst trotz allwöchentlich Tausende von Blättern und Broschüren den Weg nach Rußland fanden. Immerhin waren das aber noch gute Zeiten für die russischen Flüchtlinge im Vergleich zu den letzten drei Jahren im Kriege. Denn der Krieg hatte die Ver- bindungs- und Beförderungsmöglichkeiten selbstverständ- lich vollständig gestört und die russische Revolutions- presse sozusagen zum Hungertode verurteilt. Oft genug waren die Redakteure und Seher gezwungen, ihren Hunger durch eine Zigarette zu betäuben, und Antonow, der der- zeitige Militärgouverneur von Petersburg, der damals den Golos leitete, sah sich in die Zwangslage verfeht, wöchentlich mit ganzen 3 Frank auszukommen. Um die Kosten zu sparen, hatte er denn auch sein Heim in der Druckerlei aufgeschlagen und einen Tisch zu seiner Lager- stätte erkoren.

Dem Verdienst — das Kreuz. Das Eisene Kreuz findet eine recht umfangreiche Anwendung. In den Kreis der mit dieser Tapferkeitsauszeichnung vor dem Feinde geschmückten Personen sind nun auch die Kirchen- fürsten eingezogen worden. Der deutsche Kaiser ver- lieh dem Erzbischof in Freiburg das Eisene Kreuz am schwarz-weißen Bande. Der Vorsitzende der Diözes, der zur Kriegszeit seine Metropole nicht ver- lassen hat, erfährt aus den Kommentaren der Zentrums- presse, daß die Gewährung des Eisernen Kreuzes wohl eine Anerkennung für die von der Geistlichkeit gemachten vaterländischen und charitativen Veranstaltungen sein soll. Diese Dekorierung des babilischen Kirchenfürsten fällt zeit- lich zusammen mit der Ratifizierung des Friedens- vertrages zwischen Kurie und Staat im Großherzogtum Baden. Der liberale Staat ist nach Canossa gegangen und hat die Waffen des Kulturkampfes im Arsenal des Burgfriedens niedergelegt. Die Gesekgebung der national- liberalen Kera der 90er Jahre zur Bekämpfung des „Ultramontanismus“ ist nun bis auf kleine Reste ausge- löst, nachdem die II. Kammer einstimmig im Einver- nehmen mit der Regierung die geistlichen Bestimmungen über die Heranbildung der Geistlichkeit und über ihre Zulassung zur Lehrtätigkeit aufgehoben und den Zustand, wie er unter Bismarcks Ministerzeit geschaffen wurde, wieder hergestellt hat.

### Aus den Organisationen.

Das Verbandsbüro, Schilderstr. 5, ist ge- öffnet vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr.

Alle für den Verband der Vereine Berlins und Umgegend bestimmten Mitteilungen sind an das Büro zu richten.

Alle Geldsendungen, auch die für das Mitteilungsblatt bestimmten, sind an den Kassierer

Richard Herbst, Schilderstr. 5, zu adressieren, unter genauer Angabe, für welchen Zweck sie bestimmt sind.

Erster Kreis. Da Umstandes halber der Jahlabend am 1. Mai nicht stattfinden konnte, wird derselbe am Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, abgehalten werden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Jahlabends wird um vollzähliges pünktliches Erscheinen aller Ge- nossen und Genossinnen ersucht. Der Vorstand.

2. Wahlkreis. 3. und 4. Abteilung. Gemeinschaft- licher Jahlabend am Mittwoch, den 15. Mai, bei Schirm, Charlottenstr. 8.

Stralau. Am 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Otto Steinicke, Alt-Stralau 5, die diesjährige General- versammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Bezirks- leiters; Kassenbericht; Neuwahl der Bezirksleitung. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 12. Mai, nach- mittags 2 1/2 Uhr, Familien-Kaffeetoch im Lokal Wiesen- grund am Kurpark. Treffpunkt 2 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Um rege Beteiligung bittet Die Bezirksleitung.

Bezirk Weihensee. Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Lokal Nische, Berliner Allee 251, General- versammlung. U. a. Jahresbericht, Kasse, Neuwahl der Bezirksleitung, wichtige Bezirksangelegenheiten.

Niederschöneweide. Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei Bengsch, Mitgliederversammlung. Da wir zur Kreis-Generalversammlung Stellung nehmen müssen, ist das Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

Niederschönhausen. Dienstag, den 14. Mai, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal von Rettig, Blankenburger Straße 4, Jahlabend. Das Erscheinen der Mit- glieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Spandau. Der Jahlabend findet Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, bei Deth, Kurstr. 21, statt.

Bezirk Karlsruher. Der Jahlabend findet statt am Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kurmann, Prinz-Heinrich-Str. 2.

### Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 12. Mai, vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 15/17; Neukölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei O. Vamp; „Freireligiöse Vor- lesung“, — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Ernst Däumig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XVIII. Staatskirche und Kapitalismus.“ Gäste willkommen.

### Quittung.

Für die Unabhängige sozialdemokratische Partei gingen in der Zeit vom 1. April 1918 bis 1. Mai 1918 bei der Unterzeichneten ein: Aus Fürth für Mitglieds- bücher 14,80 Mk. Ernemann-Bremervörde 7,80 Mk. W. Schmalkalden 4,50 Mk. R. Dortmund 7,80 Mk. Hof, Mitgliedsbücher 58,70 Mk. S. Münden 7,80 Mk. G. W. Remscheid, Mitgliedsbücher 109,80 Mk. S. G. Stettin, Mitgliedsbücher 29,60 Mk. R. Ludwigshafen, Mitglieds- bücher 22,60 Mk. Leipzig 13. Kreis 5200 Mk. J. M. Nürnberg 15 Mk. Kahla, Mitgliedsbücher 4 Mk. Jena, für Frauenzeitung 28,80 Mk. Roshhausen-Orlamünde 13,80 Mk. Kahla 9,20 Mk. L. Magdeburg 189 Mk. Sch.-Schöneberg 54,50 Mk. Radow-Greifenhagen 53,97 Mk. Udermünde 4,50 Mk. Eiberfeld, Mitglieds- bücher 7,80 Mk. Schwarze Wäste 4000 Mk. Rathenow 20 Mk. RSn, Mitgliedsbücher 29,90 Mk. Hannover, Mitgliedsbücher 15,80 Mk. Hannover gesammelt 84,50 Mk. Chemnitz 48,20 Mk. Walsfonds Chemnitz 20,10 Mk. Chemnitz Sammlung 189,65 Mk. M. Bitten- berge 5,55 Mk. Für Literatur Südwestdeutschland 200 Mk. Sammlung Nordwest durch Henke 178,60 Mk. Glaucha- Meerane 10,13 Mk. Hannover 12,84 Mk. Ulrich R. Duisburg 4 Mk. Für den Wahlkampf im 13. sächsischen Kreis: „Das sind doch keine Demokraten mehr“ durch O. Jsh. Lunzenau 30 Mk. Cassel, Mitgliedsbücher 14,80 Mk. Danzig, Mitgliedsbücher 38,20 Mk. J.-Lemgo 15,90 Mk. D. Tönning 6,7 Mk. Für ein Protokoll 0,50 Mk. S. Rürnberg, Mitgliedsbücher 73,20 Mk. Bayer- Rürnberg 2. 96,12 Mk. Arnstadt, Mitgliedsbücher 36,60 Mk. A. L. Falkenberg/Oberchl. 8,80 Mk. L. Breslau, Mitgliedsbücher 21 Mk. St. Steyer 5 Mk. Sommerda 250 Mk. Dortmund 100 Mk. Halle 1018,80 Mk. Hanat 1 Mk. und 4 Mk. Nordhausen für den Frieden“ 2. Rate 300 Mk. Arnstadt 29,17 Mk. Ein- tritt und Monatsbeitrag für 10 Genossen aus R. M. 6 Mk. Wulsdorf, Mitgliedsbücher 7,80 Mk. Hamburg für A. B. 52 Mk. Hof 186,72 Mk. Leipzig 12. Kreis 1093,60 Mk. S. Lange 5 Mk. Ungenannt 10 Mk. Fr. W. Friedrichsort 5,25 Mk. Von Ungenannt durch R. G. 5 Mk. 7. sächs. Kreis 61,22 Mk. a. Konto Niederrhein 610 Mk. J. P. Hamburg 5 Mk. S. Burg 26,77 Mk. D. Herbstmann, Eintritt und 8 Monate Beitrag 2,80 Mk. Walsfonds 1 Mk. Beiträge Südwest 2. Rate 220 Mk. „Munition für den Frieden“ durch Bekold, 5. Rate 640 Mk. R. Hamburg, Mitgliedsbücher 350 Mk. Jost 10 Mk. Aus Chemnitz So-Bu 70 Mk. Tönning 15 Mk. S. Sommerda 27,80 Mk. Mitgliedsbücher 7,80 Mk. R. Beelit 5 Mk. J. Billig 15 Mk. Karlsruhe, Mit- gliedsbücher 4,30 Mk. Fürth 250 Mk. Mannheim, Mit- gliedsbücher 36,50 Mk. Groß-Dresden 214 Mk. Nord- hausen „Für den Frieden“ 3. Rate 100 Mk.

Luije Zieg,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr. (Postkassettens Nr. 32287.)

Beim Verbandsbüro gingen ein durch Sommer 23,20 Mk.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegs- schauplatz gefallenen Genossen!

#### 4. Wahlkreis.

Am 4. April fiel im Alter von 85 Jahren auf dem Schlachtfelde unser Genosse, der Tischler

**Erich Welsch**

Sangenbeckstr. 4, Bez. 888, Abt. 87.

Am 11. April fiel im Alter von 80 Jahren unser Genosse, der Kartonzuschneider

**Max Schiffner**

Grüner Weg 78, Bez. 304, Abt. 24.

#### Wahlverein Neukölln.

Am 26. März fiel bei den letzten Kämpfen unser treuer Genosse, der Lederarbeiter

**Paul Hänel**

Weißstr. 64, 22. Bez.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

#### 4. Wahlkreis.

Am 29. April verstarb unsere Genossin

**Mathilde Mundt**

Adalbertstr. 21, Bez. 145, Teil II.

Am 2. April verloren wir durch den Tod unsere alte Genossin

**Wulff**

Insterburger Straße 23, Bez. 844.

Ehre ihrem Andenken!

## Ein Brief von Karl Marx.

In der Marx-Nummer der Sozialistischen Auslandspolitik veröffentlicht Karl Rautsky einen bisher unveröffentlichten Brief von Karl Marx über Ferdinand Lassalle und dessen „Realpolitik“, der für die Situation der Gegenwart große Bedeutung hat. Wir bringen das interessante Dokument zur Kenntnis unserer Leser. In Bezug auf die Ausführungen, die Karl Rautsky an den Brief knüpft, verweisen wir auf die Sozialistische Auslandspolitik, deren Bezug wir unseren Genossen dringend empfehlen.

Der Brief lautet:

23. Februar 1865.

1 Modena Villas, Watland Park, Haverstock Hill, London.

Verehrter Freund!

Ich erhielt Ihren mir sehr interessanten Brief gestern und werde jetzt auf die einzelnen Punkte antworten.

Ich will Ihnen zunächst mein Verhältnis zu Lassalle kurz darlegen. Während seiner Agitation war unser Verhältnis suspendiert, 1. wegen der selbstlobhudeleben Renommiererei, womit er zugleich den schamlosen Magiarismus an meinen usw. Sarcasmen verband; 2. weil ich seine politische Taktik verdamme; 3. weil ich ihm schon vor Eröffnung seiner Agitation hier im Lande ausdrücklich erklärt und „bewiesen“ hatte, daß unmittelbar sozialistisches Eingreifen eines „Staats Preuzens“ Unsin ist. In seinen Briefen an mich (von 1848 bis 1863) hatte er sich, wie in seinen persönlichen Zusammenkünften mit mir, stets als Anhänger der von mir repräsentierten Partei erklärt. Sobald er sich in London (1862) überzeugt, daß er nicht mit mir sein Spiel treiben könne, beschloß er, gegen mich und die alte Partei sich als „Arbeiterbittator“ aufzuwerfen. Trotz alledem erkannte ich seine agitatorischen Verdienste an, obgleich gegen Ende seiner kurzen Laufbahn mir selbst die Agitation in immer zweideutigeres Licht trat. Sein plötzlicher Tod, alte Freundschaft, Sammelbriefe der Gräfin Haffeld, der Unwille über die selbe Frechheit der Wargerblätter gegen den von ihnen bei Lebzeiten so schwer Geschätzten, alles das bewog mich, eine kurze Erklärung, die sich aber nicht auf den Inhalt von Lassalles Schreiben bezog, gegen den elenden Wlad zu veröffentlichen. (Die Haffeld schied die Erklärung in den „Nordstern“.)

Aus denselben Gründen und in der Hoffnung, die mir gefährlich scheinenden Elemente entfernen zu können, versprach ich mit Engels Mitarbeit an dem „Sozialdemokrat“ (er hat Uebersetzung der „Adress“ gebracht und ich habe auf seinen Wunsch bei Broudhons Tod Artikel über den letzteren geschrieben) und erlaubt, nachdem Schweitzer uns ein genügendes Programm seiner Redaktion zugesandt,

<sup>1</sup> Inauguraladresse.

## Jenny Marx.

Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampf liegt, ist es nicht gleichgültig, was Geistes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht. Je nachdem kann sie eine Stütze und eine Förderin seiner Bestrebungen oder ein Bleigewicht und ein Hemmnis für denselben sein.

So sagt August Bebel im ersten Band seiner Memoiren und er fügt hinzu, daß er so glücklich war, eine Frau der ersten Gattung zu haben.

Marx konnte sich desselben Glückes rühmen wie Bebel. Er hatte eine Frau an seiner Seite, die mit Hingebung seine Entbehrungen und mit Begeisterung seine Bestrebungen teilte. Nach allem, was die Nachwelt von dieser Frau erfährt, muß es als ein Glück empfunden worden sein, in ihrem Kreise zu weilen. Jenny Marx war keine Proletarierin; von den Höhen der Gesellschaft kam sie, um ihr Leben an der Seite von Karl Marx in Verbannung und Not zu verbringen. Frau Marx entstammte einer deutschen Aristokratenfamilie — in weiblicher Linie von den Herzogen von Argonne — ihr Bruder war ein hoher Beamter; dennoch wurde sie die verständnisvolle und aufopfernde Gefährtin des Begründers der internationalen Arbeiterbewegung. Von Land zu Land wurde sie an seiner Seite gehetzt; die Frau, der man im elterlichen Hause Teppiche unter die Füße gebreitet, mußte ein Leben führen wie eine Proletarierin. Dabei war sie ihrem Mann eine Genossin im vollsten Sinne des Wortes. Marx hatte so hohe Achtung vor dem Verständnis seiner Frau, daß er sie mit allen seinen Manuskripten bekannt machte und auf ihr Urteil Wert legte. Jenny Marx war aber nicht nur die Genossin, sie war auch die Gehilfin, die Sekretärin ihres Mannes. Sie schrieb seine Manuskripte für den Druck ab. Wie groß aber war das Glend, das diese außerordentliche Frau, die durch Klugheit, Schönheit und Hochherzigkeit ausgezeichnet war, zu ertragen hatte! Aber wenn sie noch so arm war, wenn sie mit ihren vier Kindern in einem kleinen Raum leben mußte, immer noch war sie liebreich und gastfreundlich gegen die Flüchtlinge, die von den reaktionären Regierungen ins Ausland gehetzt wurden und die in London ihre Schritte in das Haus von Karl und Jenny Marx setzten.

Wieviel schwerer noch hätte der große Mann an seinem Lebenswerk arbeiten müssen, wenn er nicht diese Frau gehabt hätte! Sie wachte über ihn und war bestrebt, ihm Abertausenden aller Art fernzuhalten. Ohne daß er es wußte, war sie bemüht, die Not der kühnenreichen Familie zu lindern. Niemand wird ohne tiefste Erschütterung den Brief lesen können,

uns als Mitarbeiter zu nennen. Als Garantie dient uns ferner, daß W. Dieblich ein unoffizielles Mitglied der Redaktion war.

Indes zeigte sich bald — die Beweise davon kamen in unsere Hand —, daß Lassalle in der Tat die Partei verraten hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismard eingegangen (wobei natürlich Garantien feinerer Art in seiner Hand). Ende September 1864 sollte er nach Hamburg und dort zusammen mit dem verrückten Schramm und dem preussischen Polizeispion Marx Bismard zur Inkorporation von Schleswig-Holstein zwingen, das heißt, solche im Namen der „Arbeiter“ proklamieren usw. Wogegen Bismard allgemeines Wahlrecht und einige sozialistische Charlatanerien versprochen. Es ist schade, daß Lassalle diese Komödie nicht ausführen konnte! Sie hätte ihn verdammt lächerlich und gesoppt erscheinen lassen. Und allen Versuchen solcher Art für immer ein Ende gemacht.

Lassalle geriet auf diese Abwege, weil er in der Art des Herrn Miquel ein „Realpolitiker“, nur von größerem Zuschnitt und mit mächtigeren Zwecken war!

(By the bye, ich war längstens über Miquel im Reinen so weit, daß ich mir sein Auftreten daraus erklärte, daß der Nationalverein ein prächtiger Vorwand für einen Keinen händischen Advokaten, sich vor Deutschland außerhalb seiner vier Pfähle hören zu lassen und die so gesteigerte „Realität“ seiner Selbst rühmend im händischen Inland geltend zu machen, dazu unter „preussischem“ Schutz „händischen“ Mirabeau zu spielen.) Wie Miquel und seine jetzigen Freunde die vom preussischen Prinzregenten inaugurierte „Neue Aera“ am Kopf fahen, um national zu vereinnern und sich an die „preussische Spitze“ zu klammern, wie sie überhaupt unter preussischem Schutz ihren „Bürgerstolz“ entwickelten, so wollte Lassalle den Marquis Bosa des Proletariats mit dem Udermärtschen Philipp U. spielen. Bismard als Kuppeler zwischen ihm und dem preussischen Königtum. Er ahnte nur die Herren vom Nationalverein nach. Aber wenn jene im Interesse der Mittelklasse die preussische „Reaktion“ hervorriefen, schüttelte er Hand mit Bismard im Interesse des Proletariats. Jene Herren waren insofern berechtigter als Lassalle, als der Bürger gewohnt ist, das nächst vor der Nase liegende Interesse als „Realität“ aufzufassen, und als in der Tat diese Klasse überall ein Kompromiß sogar mit dem Feudalismus geschlossen hat, während der Natur der Sache nach die Arbeiterklasse ehrlich „revolutionär“ sein muß.

Für eine theatrale eitle Natur, wie Lassalle (der jedoch durch Lumpereien wie Stellen, Bürgermeisterei usw. nicht zu bestechen), war es ein sehr verführerischer Gedanke, eine unmittelbare Tat für das Proletariat, ausgeführt von Ferdinand Lassalle! Er war in der Tat zu unwissend über die wirklichen

<sup>2</sup> Beisäufig.

<sup>3</sup> Miquel wurde 1865 Bürgermeister von Osnabrück.

ökonomischen Bedingungen solcher Tat, um sich selbst gegenüber kritisch wahr zu sein. Die deutschen Arbeiter andererseits waren durch die niederträchtige „Realitätspolitik“, womit die deutschen Bürger die Reaktion von 1849—1859 gebildet und der Verbannung des Volkes zugehört hatten, zu „verkommen“, um nicht einen solchen marktstreiterischen Erlöser zuzujuchzen, der ihnen durch einen Sprung ins gelobte Land zu heißen versprach!

Also, um den oben abgebrochenen Faden wieder aufzunehmen! Kaum war der „Sozialdemokrat“ gestiftet, so zeigte sich bald, daß die alte Haffeld Lassalles „Vermächtnis“ nachträglich ausführen wollte. Sie stand durch Bagener (von der „Kreuzzeitung“) in Verbindung mit Bismard. Sie stellte dem letzteren den „Arbeiterverein“ (Allgem. deutschen), den „Sozialdemokrat“ usw. zur Disposition. Die Inkorporation von Schleswig-Holstein sollte im „Sozialdemokrat“ proklamiert, Bismard überhaupt als Patron anerkannt werden usw. Dieser ganze schöne Plan wurde dadurch vereitelt, daß wir den Dieblich in Berlin und in der Redaktion des „Sozialdemokrat“ hatten.

Obgleich Engels und mir die Redaktion des Blattes mißfiel, der speichelnde Lassallekultus, die gelegentliche Kofetterie mit Bismard usw., so war es natürlich wichtiger, einseitigen öffentlich mit dem Blatt zu halten, um die Intrige der alten Haffeld und die böllige Kompromittierung der Arbeiterpartei zu verhindern. Wir machten daher bonne mine à mauvais jeu<sup>4</sup>, obgleich privatim beständig dem „Sozialdemokrat“ schreibend, daß sie dem Bismard gegenüber ebensowenig Front machen müßten, als den Fortschrittler. Wir bildeten sogar, daß der gepreizte Sed, Bernhard Becker, der die ihm von Lassalle testamentarisch vermachte Wichtigkeit ganz ernsthaft nimmt, gegen die International Workingmens Association intrigierte.

Indessen wurden die Artikel des Herrn Schweitzer im „Sozialdemokrat“ immer Bismardischer. Ich hatte ihm vorher geschrieben, daß man die Fortschrittler in der „Koalitionsfrage“ einschüchtern könne, daß aber die preussische Regierung nie und nimmermehr die böllige Abschaffung der Koalitionsgeetze zugeben werde, weil das ein Durchbrechen des Bureaukratismus, eine Mündigmachung der Arbeiter, eine Zerreißen der Gesindeordnung, Abschaffung der abligen Krüppelerei auf dem Lande usw. usw. mit sich führe, die Bismard niemals erlauben könne, die überhaupt unverträglich mit dem preussischen Beamtenstaat. Ich fügte hinzu, daß, wenn die Kammer die Koalitionsgeetze verwerfe, die Regierung zu Phrasen ihre Zustucht nehmen würde (solchen Phrasen z. B., daß die soziale Frage „tiefer“ Schritte verlange usw.), um sie ausrecht zu erhalten. Alles das bekräftigte sich und was tat Herr v. Schweitzer? Er schrieb einen Artikel für Bismard und spart all seinen Heldennut

<sup>4</sup> Gute Miene zum bösen Spiel.

<sup>5</sup> Die Internationale Arbeiter-Association.

nen, den vor einigen Jahren Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat. Der Brief war an einen Freund der Familie Marx gerichtet. Frau Marx erzählt von den finanziellen Schwierigkeiten, wie alle Hüßquellen verstopfen, wie die demokratischen Biedermänner“ denselben Marx, der sein ganzes Vermögen in die „Neue Rheinische Zeitung“ gesteckt hatte, im Stich ließen. „Ich kam nach Frankfurt, um mein Silberzeug zu verkaufen, das letzte, was wir hatten; in Köln ließ ich meine Möbel verkaufen. Kaum in Paris eingewohnt, wieder vertrieben, mir selbst und meinen Kindern wird der längere Aufenthalt verweigert. Ich folgte ihm wieder über's Meer. Nach einem Monat wird unser viertes Kind geboren. Dann schildert Frau Marx einen Tag aus dem Leben, wie sie es anfangs in London durchgemacht. Sie war krank und hätte für das kleine Kind eine Amme gebraucht, sie konnte sie aber nicht bezahlen. Trotz schrecklicher Schmerzen nährte sie das Kind selbst. Dieses trinkt den Schmerz und Kummer der Mutter mit, ja Blut kommt in sein Mündchen. Das Kind schwebt zwischen Leben und Tod, von heftigen Krämpfen gequält, ohne Schlaf. Da kommt die Pfändung ins Haus. Betten, Wäsche, Kleider, selbst die Wiege des Kindes werden mit Verschlag belegt. In zwei Stunden drohten sie alles zu nehmen — ich lag dann auf der kahlen Erde mit meinen frierenden Kindern, mit meiner wehen Brust!“ Frau Marx sollte den Leidenbecher bis zur Reize leeren. Ein Freund wollte helfen, aber beim Abspringen von einem Wagen verunglückt er und wird Frau Marx blutend ins Haus gebracht. Am nächsten Tag, es war kalt, regnerisch und trüb, versammelt sich der ganze Mob der Gegend bei Frau Marx. Die Pfändung hat sich herumgesprochen, alle Habseligkeiten werden verkauft und die Lebensmittellieferanten bekräftigt. Was Frau Marx bezog, diese Leiden mitzutellen, war die Sorge um ihren Mann. Dann spricht sie von ihren Kindern, vom Knaben Edgar. „Der kleine Knabe singt den ganzen Tag mit ungeheurem Pathos und einer Miesentimme, und wenn er die Worte aus Freiligraths Marxellaise „O Juni, komm' und bring' uns Laten, nach frischen Laten lecht das Herz“ mit furchtbarem Stimm erschallen läßt, dröhnt das ganze Haus. Vielleicht ist es der weltgeschichtliche Verus dieses Monats wie seiner beiden unglücklichen Vorgänger, den Niesenkampf zu eröffnen, bei dem wir uns alle wieder die Hände reichen werden.“

Der Gedanke, daß die Familie des Mannes, der mit seinen wissenschaftlichen Leistungen eine ganze Welt in Aufruhr gebracht hat, so herzzerreißendes Glend erdulden mußte, ist etwas Unfassbares.

In ihrer Seite hatte Frau Marx eine ausgezeichnete Person, die verdient, mit Frau Marx genannt zu werden! Lenchen Demuti, die als Bauerntochter in das elterliche Haus von Frau Marx als Dienstmädchen gekommen war und ihr dann folgte, um alles Unglück mit ihr zu teilen, um ihr eine Stütze bei der Versorgung ihres Hauses und ihrer Kinder zu sein. Lenchen Demuti hat die Familie Marx nie verlassen, sie war nicht Dienerin, sondern Pflegerin, Helferin und Freundin. So wurde sie auch gehalten und ihre letzte Ruhestätte wurde ihr im Grabe der Familie Karl und Jenny Marx bereitet. Frau Marx hatte auch als Mutter viel Leid zu erdulden. Ihre beiden Knaben und ein Mädchen mußte sie dem Grabe übergeben. Aber drei ihrer Töchter wurden die Gattinnen von Sozialisten, woraus wohl auch zu schließen ist, wie die Erziehung der Marxschen Kinder vor sich ging. Sie aineten die Lust des Sozialismus, den Geist der Internationalität. Als Frau Marx am 2. Dezember 1881 den Tod nahen fühlte, hatte dieser keine Schreden für sie. Ihre letzten Worte waren: „Karl, meine Kräfte sind gebrochen.“

Engels, der treue Freund der Familie Marx, sprach am Rand des Grabes: „Meine Freunde! Die hochberzige Frau, welche wir begraben, ward 1814 zu Salzweil geboren. Ihr Vater, der Baron von Weipphalen, wurde bald darauf als Regierungsrat nach Trier versetzt und befreundete sich dort innig mit der Familie Marx. Die Kinder wuchsen zusammen heran. Die beiden hochbegabten Naturen fanden sich.

Jenny Marx hat die Schicksale, die Arbeiten, die Kämpfe ihres Mannes nicht bloß geteilt, sie hat daran mit dem höchsten Verständnis, der glühendsten Leidenschaft Anteil genommen. . . . Was eine solche Frau mit so scharfem kritischen Verstand, mit solch politischem Takt, mit solcher Energie und Leidenschaft des Charakters, mit solcher Hingabe für die Kampfgenossen in der Bewegung während fast vierzig Jahren geleistet, das hat sich nicht in die Offenheit vorgetragen, das steht nicht in den Annalen der zeitgenössischen Presse verzeichnet. Das muß man selbst miterlebt haben. Aber das weiß ich, wenn die Frauen der Kommunisten noch oft ihrer gedenten werden, so werden wir anderen noch oft genug ihren fähigen und klugen Rat vermissen — fähig, ohne Phraserei, klug, ohne der Ehre je etwas zu vergeben. . . . Wenn es je eine Frau gegeben, die ihr größten Glück darin gesetzt hat, andere glücklich zu machen, so war es diese Frau.“

Wenn das Proletariat Marx ein weibvolles Gedenken widmet, dann soll es nicht geschehen, ohne auch von seiner bewundernswürdigen Lebens- und Kampfgefährtin zu sprechen.

gegen solche infinitesimalen Petits, wie Schulze, Faucher usw. auf.

Ich glaube, daß Schweitzer usw. es ehrlich meinen, aber sie sind „Realpolitiker“. Sie wollen den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen und dies Privilegium der „Realpolitik“ nicht allein den Herren Miquel et Comp. überlassen. (Letztere scheinen sich das Recht der Inimicitiae mit der preussischen Regierung vorbehalten zu wollen.) Sie wissen, daß die Arbeiterblätter und Arbeiterbewegung in Preußen (und daher im übrigen Deutschland) nur par la grace de la police bestehen. Sie wollen also die Umstände nehmen wie sie sind, die Regierung nicht reizen usw., ganz wie unsere „republikanischen“ Realpolitiker, die einen Hohenzollern Kaiser mitnehmen wollen.

Da ich aber kein „Realpolitiker“ bin, habe ich es für nötig gefunden, in einer öffentlichen Erklärung die Sie wohl bald in einer oder der anderen Zeitung sehen werden) zusammen mit Engels dem „Sozialdemokrat“ aufzufordern.

Sie sehen daher zugleich, warum ich in diesem Augenblick nichts in Preußen tun kann. Die dortige Regierung hat meine Wiedereinbürgerung in Preußen direkt verweigert. Agitation würde mir dort nur erlaubt, wenn sie eine Herrn v. Bismarck wünschenswerte Form nähme.

Ich ziehe hundertmal eine Agitation hier durch die Internationale Association vor. Der Einfluß auf das englische Proletariat ist direkt von der höchsten Wichtigkeit. Wir sind hier jetzt die General-Question, die hier natürlich ganz andere Bedeutung hat. Im ganzen ist der Fortschritt dieser „Association“ über alle Erwartung hier, in Paris, in Belgien, Schweiz und Italien. Nur in Deutschland steht mir natürlich Lassalles Nachfolger entgegen, die 1. ihre Wichtigkeit thörichterweise einzubüßen fürchten,

2. meinen erklärten Gegensatz gegen das, was die Deutschen „Realpolitik“ nennen, kennen. (Es ist diese Sorte „Realität“, die Deutschland so weit hinter alle zivilisierten Länder stellt.)

Da ein jeder Mensch, der eine Karte von 1 Schilling löst, member of the association werden kann; da die Franzosen diese Form von individual membership gewählt haben (bitto die Belgier), weil das Gesetz ihnen verbietet, sich als „Association“ an uns anzuschließen; da es sich in Deutschland ähnlich verhält, habe ich jetzt beschlossen, meine Freunde hier und in Deutschland aufzufordern, keine societies zu stiften, gleichgültig wieviel members an jedem Ort, von denen jedes Mitglied an English card of membership löst. Da die englische Gesellschaft öffentlich, steht diesem Verfahren sogar in Frankreich nichts im Wege. Es wäre mir lieb, wenn Sie auch in Ihrer nächsten Umgebung in dieser Art mit London in Verbindung träten.

Ich danke Ihnen für Ihr Rezept. Sonderbarerweise war drei Tage vor seiner Ankunft die widerliche Krankheit wieder ausgebrochen. Das Rezept kam also ganz gelegen.

Ich schicke Ihnen in ein paar Tagen 24 Adressen mehr. Eben werde ich von einem Freund im Schreiben unterbrochen, und da ich gern diesen Brief abschicken will, werde ich das nächstemal auf andere Punkte Ihres Briefes eingehen.

Ihr

R. K.

## Organisation, Staat, Staatssozialismus.

### Ein Kapitel „Kriegsmarxismus“.

L.

Es ist eine hervorragende Eigenschaft aller Umformer, daß sie große Praktiker sind, die auf die Theorie wenig geben und oft verächtlich auf jene herabschauen, die sich bemühen, den Gang der Dinge wissenschaftlich zu erklären und auch die vernünftige Entwicklung vorauszuweisen.

Solche Propheten gelten als Doktrinaire und als durch die Kriegsergebnisse abgetane „Orthodoxe“. Hatte doch der Weltkrieg so viele Voraussetzungen liegen gestraft, hatte doch die politische Haltung der sozialistischen Parteien dieser Länder alle alten Grundsätze verleugnet. Was sollte da veraltete theoretische Weisheit helfen? Dem „Umformern“ gehörte die Zukunft, dem durch keinen theoretischen Ballast beschwerten „Taschler“ des Praktikers, der uns unbegrenzte Land reformistischer Möglichkeiten mit vollen Segeln hineinsteuerte. Besonders in der ersten Kriegszeit war die Lösung „Gefühl ist alles“ und „es lebe der Augenblickserfolg“.

Doch der Gang der Kriegsergebnisse zwang durch manche Enttäuschung, durch die Angriffe der überall erhaltenden Opposition zu einer eingehenderen Begründung der neuen Taktik. Es wurden mancherlei Versuche im einzelnen gemacht. Man verdrängte die neue regierungsozialistische Politik mit alten Marx-Plänen. Man suchte den Weltkrieg in dialektischem Umschlag zu einer Weltrevolution unter deutscher Führung zu stampeln. Lensch brachte dieses neue dogmatische Kunststück fertig. Man begründete die Burgfriedenspolitik mit gewerkschaftlichen Argumenten und suchte das nationale Interesse von Arbeiterschaft und Industrie, will sagen Kapital, zu erweisen, wie es Blümmig mit mehr Temperament als durch-

schlagenden Argumenten in immer wiederholten Ausführungen sich bemühte. Doch das alles waren Anläufe. Der hervorragende Theoretiker der Politik des 4. August wurde Karl Renner, der langjährige Mitarbeiter der sogenannten „Kriegsmarxisten“. In seinen Friedensschriften guckte allerdings der Groß-Oesterreicher dem internationalen Sozialismus ostwärts die Waage, wie nach Marx lassischen Worten der Profese beim Griechen, aber das fiel damals nicht so sehr auf und wurde als „echt österreichisch“ mit in Kauf genommen. Der Krieg aber brachte diese Reize zu treibhausmäßiger Entwicklung.

Das Buch Renners „Krieg, Marxismus und Internationale“ ist echter Kriegsmarxismus. Renner sucht in marxistisch klingenden Argumenten und Worten, mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Beredsamkeit und konstruktiven Phantasie die Lehren des Krieges als angeblicher Marxist zu ziehen. Er mischt Falsches und Wahres durcheinander, knüpft an bekannte Marx'sche Gedankengänge an, zieht aus zu treffenden oder halbrichtigen Geschichtskonstruktionen unzulässige politische Folgerungen und wird durch diese Methode besonders gefährlich, da er den unkundigen Leser mit einer Fülle von Gedanken überschüttet, die dem Lesenden neu und außerordentlich plausibel erscheinen. Die kritische Sauce, die ziemlich gepfeffert ist, soll das neue Gericht würzen und noch mehr den Appetit reizen. Die „Kriegsmarxisten“ werden mit herablassender Geringschätzung oder beherrschendem Spott von dem „geläuterten“ Marxisten Karl Renner abgekan, der ein Studienprogramm entwirft, das alle Büden dieses „Kriegsmarxismus“ ausfüllen soll. Dabei weiß niemand so recht, wer diese verdammend wertigen Halbwisser sind, da keine Namen genannt und auch die bekämpften Gedankengänge nur angedeutet oder verzerrt dargestellt werden.

Es ist daher sehr dankenswert, daß Karl Kautsky, als dessen Schüler sich Karl Renner selbst bekennt, es unternimmt, in einigen kritischen Randnoten, wie Renner es nennen würde, einmal diese Arbeit seines eigenartigen Schülers zu glossieren und zu zensieren. \*) Die Art der Darstellung Renners seine unbestimmten Vorwürfe machen es unmöglich, eine umfassende Antikritik dieses Buches zu schreiben, sondern es war nur angängig, einige Gedankengänge herauszuheben, möglichst zutreffend darzustellen und die Fehlschlüsse, hinführenden Vergleiche, geistreichen aber unrichtigen Konstruktionen Renners kritisch zu beleuchten und vor allem zu zeigen, wie dieser kriegsmäßig geschwind produzierte Marxismus nur eine Erfindung ist, um die kriegsozialistische Taten aller Sozialpatrioten zu begründen, um dem Bloß von Scheidemann bis Deutner eine handliche geistreiche, schillernde und für den Laien bestehende Theorie zu liefern. Es ist die politische Philosophie der Neuorientierung und wird als solche sicher auf dem Markte der politischen Kriegswirtschaft guten Absatz finden, zumal sie ohne Bezugsklein zu haben ist und in ihrer Mannigfaltigkeit den verschiedensten Bedürfnissen entgegenkommt.

Es ist nun unmöglich, hier nur einen Ueberblick über die kritischen Einwände Kautskys zu geben. Das wäre eine trodene Aufzählung ohne eingehende Darstellung. Daran sei an einem wichtigen Beispiel gezeigt, wie Renner argumentiert, wie Kautsky kritisiert. Wir halten uns dabei nicht streng an Kautskys Worte, da beim Lesen seiner Polemik dem Lesenden selbst so zahlreiche Belege und ergänzende Bemerkungen einfallen, daß man versucht ist, noch einmal eine Proschüre zu schreiben.

Zu den mißbrauchtesten Worten, zu den vieldeutigsten Kriegsschlagworten gehört der Begriff der Organisation. Wir sagen, weil wir die beste Organisation besitzen. Wir sind das Land der ausgeprägtesten Organisation. Die Arbeiterklasse ist der Träger des Organisationsgedankens. Der Staat ist die Organisation, die immer mehr den Interessen des Proletariats dient und endlich der Sozialismus ist in erster Linie Organisation. Das sind so oft gehörte Schlagworte, die zugleich einen Gedankengang Renners darstellen, der immer häufiger wiederkehrt.

Zunächst muß die falsche Gleichsetzung von Organisation und Organismus in ihrer Unrichtigkeit klar erkannt werden. Ein Organismus, z. B. ein Büffel und ein Mensch ist ein tierisches Wesen, dessen verschiedene Organe vom Gehirn oder den Ganglien, Nervenmoten im Leibesinneren gelenkt werden. Hier findet Arbeitsteilung zwischen Arm und Bein, zwischen Auge und Ohr, zwischen Magen und Lunge statt. Aber alle werden vom Gehirn geleitet. Das Bewußtsein ist die Zentrale dieses Organismus. Eine Organisation, eine Büffelherde oder eine menschliche Gesellschaft, ist aber eine Vereinigung solcher tierischer oder menschlicher Wesen, die also aus einer Anzahl solcher mit Willen und Bewußtsein begabter Organismen besteht, die sich zu einem bestimmten Zwecke zusammengeschlossen und unter sich eine Arbeitsteilung innerhalb dieser Organisation herausgebildet haben, wobei aber jedes Einzelwesen selbständig bleibt und oft nur in bestimmten Betätigungen von der Organisation erfasst wird. In der Gewerkschaft ist der Arbeiter als Lohnempfänger und als in der Werkstatt tätiger erfasst. Der Konsumverein will den Verbrauch seiner Mitglieder an Kolonialwaren regeln. Die politische Partei muß den politischen Willen ihrer Mitglieder organisieren und zum Ausdruck bringen. All diese Organisationen bestehen nebeneinander und ergänzen oder bekämpfen sich. Organisation ist der Menschheit von frühester Vorzeit an geläufig: Im Anfang war die Horde, nicht Adam und Eva; die ja schließlich auch die Organisation einer Familie bildeten. Es ist daher ganz falsch und irreführend, irgend eine Klasse oder eine Zeit als Trägerin der Organisation zu bezeichnen. Es handelt sich nur um

die Art und den Zweck der Organisation, um proletarisch-demokratische oder kapitalistisch-bourgeoisierte Organisationsformen, um Parteien, die die Produktion von oben im Interesse der Kartellmagnaten regeln oder von Genossenschaften, die im Interesse der Genossenschaftsmitglieder in den Kleinhandel eingreifen. Der Sozialismus ist nun die proletarisch-demokratische Organisation der Gütererzeugung im Gegensatz zur kapitalistischen Organisation der heutigen Warenproduktion.

Es ist aber der Fehler Renners, Lensch, des bürgerlichen Marxisten-Plenge, Professor in Münster und Mitarbeiter wie vieler anderer, daß sie diese Beseitigung der Organisation verlernen und sozialistisch-proletarische Organisation für Organisation schlechthin erklären. Dazu kommt dann noch die Verwechslung von Organisation und Organismus, die bei Renner ihren höchsten Triumph in der Betrachtung des Staates feiert. Er schreibt:

„Eine verjüngte und geläuterte Marxistenschule wird diese Antwort uns geben, wird uns von dem Fetisch des Rechtes zu befreien haben, der uns noch immer narret, und die Wirklichkeit des Rechtes aufhellen. Einzuwillen müssen wir uns mit einer Darstellung begnügen, die bloß auf einer Analogie zu beruhen scheint, aber dennoch zutrifft: Wir betrachten den Staat unter dem Bilde eines einzelnen Menschen, der trotz seiner Vielköpfigkeit denkt, fühlt und will, wie ein physiologisches Individuum, und ebenso handelt, obschon mit unendlich gewaltigeren Mitteln. (S. 228.)“

Das klingt sehr schön, ist aber grundfalsch. Vor allem denkt nicht die Organisation, nicht der Staat, sondern die Menschen, die diesem Staat angehören. Diese denken aber nicht einheitlich. Jeder hat ein anderes Bewußtsein und anders gerichteten Willen. Innerhalb besteht zwischen gewissen Gruppen und Klassen eine weitgehende Willensgemeinschaft. Nun gibt es aber Organisationen, die aus Angehörigen der verschiedensten Klassen bestehen und deren Wirken so tief in das Leben der beteiligten Menschen eingreifen, daß die verschiedenen Klassenwillen aufeinanderprallen. Hier denken also nicht einmal die einzelnen Individuen annähernd gleichartig, sondern es steht Klassenwille gegen Klassenwille. Hier setzt sich dann am stärksten der Wille der herrschenden Klassen durch, d. h. der Wille jener Gruppen, die dank ihrer wirtschaftlichen Stellung, Besitz der Produktionsmittel, Besitz der wissenschaftlichen Erkenntnis, geistigem Einfluß auf die Massen anderer Gruppen oder Klassen, die Herrschaft ausüben. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der Betrachtung des Staates, besonders des „modernen“ Staates mit seiner unendlich gesteigerten Verwaltungs- und Wirtschaftsmacht, die im Kriege sich jedem offenbart und zu einer Staatsmystik und schrankenlosen Staatsverherrlichung geführt hat, der auch zahlreiche frühere Marxisten anheimgefallen sind.

II.

Sicher ist der Staat heute die mächtigste Organisation, in die jeder Mensch hineingeboren wird, der er aber nicht entziehen kann, auch nicht durch Auswanderung. Er muß Einfluß auf sie zu gewinnen suchen. Er muß sich mit Gleichgesinnten organisieren, er muß um Einfluß im Staate, um die Staatsmacht selbst kämpfen. Gerade bei diesem modernen Staat zeigt es sich aber, daß er trotz aller Maßnahmen, die dem allgemeinen Interesse zu dienen scheinen und auch in gewisser Hinsicht dienen, Herrschaftsorganisation bleibt. Das zeigt gerade die Kriegszeit. Bei der stärksten Bedrohung durch die Heere der Feinde, trotz der Abschließung vom Weltmarkt und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Innern hat der Staat sich vor allzu großen Eingriffen in das Privateigentum gehütet. Er ersatte die Produkte und ihre Verteilung, rationierte Mehl und Fleisch, ersand den Bezugsschein, regelte die Zuteilung zahlreicher Lebensmittel. Wir warten aber noch immer auf den Produktionszwang in der Landwirtschaft, auf einschneidende Eingriffe in das Privateigentum an Grund und Boden und an Maschinen. Es ist nicht verwunderlich, daß die Kriegswirtschaft so „staatssozialistisch“ wurde, sondern man muß sich in Erinnerung an die französische Revolution von 1793 wundern, daß heute bei hochentwickelter kapitalistischer Warenwirtschaft und ungeheurer gesteigerter Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht viel energischer und umfassendere Eingriffe in das Privateigentum gemacht sind. Aber die Besitzer der Produktionsmittel beherrschen doch in erster Linie jene riesige Organisation, die wir den Staat nennen, trotz aller inneren Gegensätze unter den verschiedenen Gruppen der Industriellen, trotz der gelegentlichen Reibungen zwischen Agrariern und den Veredelungsgebeten, trotz Konflikten zwischen Privatkapital und Beamtentum, zwischen Zivil und Militär.

Diesen Herrschafts- und Klassencharakter des Staates übersehen die Befehrer des 4. August und auch ihr Theoretiker Renner. Er, der schon im Frieden die österreichische Dynastie und Bürokratie für seinen Plan der nationalen Autonomie durch Ueberredung zu gewinnen hoffte und die Wirkungen zweckmäßiger Verwaltungsreformen maßlos überschätzte. Dieser Herold der Interessen zwischen österreichischer Arbeiterschaft und der Bürokratie und Dynastie des Donaustaates, mußte zum Verkünder des Staatssozialismus werden, den er in der Kriegswirtschaft vorgebildet sieht. Für ihn und viele andere ist die Brokkarte schon halber Sozialismus. Diesen Sozialismus Renner-Lensch'scher Färbung charakterisiert Kautsky treffend:

„Was uns Renner in seinem Buche vorführt, ist ein Bastard zwischen Raumann und Robbertus, angetan mit marxistischem Kostüm, der die Sprache der Kriegsjournalistik spricht und dem Proletariat zuredet, Vertrauen zur Regierung zu haben, die sich ihm immer mehr nähert und durch die Logik der Tatsachen gedrängt werde, „immer vorwiegendes dem Proletariat zu dienen“.

\*) Unendlich winzige Wesen. In Frankreich zur Bezeichnung mikroskopischer Organismen gebraucht.

\*) Vermischung.

\*) Von Gnaden der Polizei.

\*) Schüren.

\*) Frage des allgemeinen Wahlrechts.

\*) hat, als in Preußen.

\*) Mitglied der Association.

\*) Individueller Mitgliedschaft.

\*) Gesellschaften.

\*) Eine englische Mitgliedskarte.

\*) **Kriegsmarxismus.** Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August, beleuchtet von Karl Kautsky. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1.50 Mark.

Er kommt zu dem Schluß:

„Die bloße Tatsache, daß je entwickelter ein Proletariat war, desto näher seine Vertreter zur Staatsregierung getreten sind, gibt sehr zu denken. Also wäre der Grad der Staatsnähe und nicht der Grad der Staatsform ein Merkmal der Klassenreife! Und das verwundert uns nach den Ergebnissen der vorangegangenen Studien durchaus nicht!“ (Nemmer S. 379.)

Dazu bemerkt Kautsky:

„Hier ist die Beziehung auf den Klassenkampf aufgehoben. Das Verhalten der Vertreter des Proletariats zur Staatsregierung wird hier nicht abhängig gemacht davon, in den Händen welcher Klasse diese Regierung ist, welche Klassenpolitik sie treibt. Keine Spur des Gedankens, daß die „Staatsferne“, das heißt die Opposition des Proletariats gegen die Regierung an Schroffheit wachsen kann, wenn die Regierung immer kapitalistischer wird. Daß die Opposition am energischsten gerade dann sein kann, wenn sie dem Siege am nächsten ist, wenn die Bourgeoisie die verzweifeltsten Versuche macht, die Staatsgewalt zu behaupten.“

Nein, der Staat ist für Nemmer etwas, was sich von selbst notwendigerweise der Arbeiterklasse nähert, so daß es bloß ein Zeichen von Untertun des Proletariats bedeutet, wenn seine Vertreter der Staatsregierung nicht „näher treten“.

Aber diese Verkennung des Klassenkampfes, dieser Verzicht auf den demokratischen Sozialismus, zugunsten eines Staatssozialismus, der seine Segnungen spendet durch die von den Theoretikern des Neomarxismus aufgekündete Beamtenchaft, unterstützt durch sozialistische Beiräte in den Ernährungsämtern und zahlreichen Kommissionen, gefördert durch die freiwillige Kriegshilfe der Gewerkschaften und der politischen Organisationen, dieser neue Staatssozialismus ist echter Kriegsmarxismus.

Er ist das Eingeständnis der politischen Ohnmacht des Proletariats. Jener Schwäche gegenüber dem mächtvollen Militarismus, diesem Muster herrschaftlicher Organisation, seine Kapitulation vor der Willmacht des Staates, um dessen Besitz man nicht mehr kämpft, sondern dem man sich als dienendes Glied einordnet.

Dieser Staatssozialismus ist modernster Utopismus. Man verzweifelt an der „Eigenmacht“ des Proletariats und sucht durch die Bundesgenossenschaft der Bürokratie und gewisser Teile der Bourgeoisie das zu erlangen, was man nicht im Kampfe erreichen kann.

Als ein Zeichen dieser Schwäche, als die theoretische Rechtfertigung, der aus dieser Schwäche erwachsenden Taktik ist Nemmers Kriegsmarxismus wichtig und ein Symptom, das nicht nur in der Persönlichkeit des Verfassers begründet ist.

Es wird aber mit dieser Taktik gehen wie mit der Taktik Lassalles und seines Nachfolgers Schweitzer. Die Logik der Taktiken, die man nicht beachtet, die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung wird all diese halbtheoretischen Geklümpel zerschneiden. Alle Gelehrsamkeit und Verehrsamkeit, alles geistreiche Feuerwerk und alle polemischen Handgranaten gegen die Vulgarmarxisten werden daran nichts ändern.

Es gilt nur, sich von diesem Feuerwerk nicht blenden zu lassen. Es gilt die kalten Nemmerscher Stillist nicht für einen Sonnenausgang zu halten, der das Dunkel des Weltkrieges erleuchtet. Es sind nur Signale der Kriegsmarxisten, es sind schnell verlöschende Funken, die keine wahre Helligkeit verbreiten, sondern in blühender Verleumdung alle Gegenstände verzerrt und beschoben erscheinen lassen.

Es gilt daher, diesen Nemmerschen Scheinargumenten und lustigen Kartenhäusern die Ergebnisse marxistischer Forschungsarbeit entgegenzustellen, jener Studien, die schon vor dem Kriege über das Wesen von Staat und Wirtschaft, über Finanzkapital und Kartellschutz, über Imperialismus und Wirtschaftsgelände gemacht wurde. Jene Studien gelten auch heute noch, sie sind durch die Tatsachen des Krieges zu ergänzen, aber nicht einfach wegzubehaupten, wie es Nemmer mit Vorzugauleit häufig tut.

Der Versuch, Methode und Mängel dieses Kriegsmarxismus hier anzudeuten, kann natürlich keine endgültige umfassende Widerlegung sein. Er soll anregen, das Buchlein Kautsky zu lesen und zu studieren. Die polemische Darstellung, die allen Gleichwogen Nemmerscher „Logik“ folgt, macht die Lektüre zu einem Genuß und der Humor, in dieser Kriegsgelt ein so seltener Artikel, würgt auch diese Demasierung des Kriegsmarxismus.

Die Frische und die bei Kautsky fast selbstverständliche Klarheit und leichte Faktizität der Behandlung selbst verwickelter theoretischer Fragen, macht das Lesen dieser polemischen Broschüre zugleich zu einer Einführung in die Theorie des echten Marxismus und wird hoffentlich veranlassen, daß diese Theorie trotz Weltkrieg und Regierungsozialismus wieder mehr studiert wird trotz aller Lobesartikel jener Scheinmarxisten zum 100. Geburtstag des großen Vorläufers. Von diesen „Schwärmern“ von Nemmer-Anbetern gilt das Bibelwort: „Dieses Volk dient mir mit den Lippen, aber ihr Herz ist ferne von mir. Sie zieren sich, aber brauchen keine Ausdrucksweise, aber dem Geist des Marxismus sind sie weitest fern. Sie sind Rationalisten des Krieges aber keine internationalen Sozialisten des Friedens.“ Ein Vergleich von Nemmers Buch und der Auffassungsammlung Friedrich Adlers: „Die Erneuerung der Internationale“ erhebt diesen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kriegsmarxismus und internationalen wissenschaftlichen Sozialismus. Das eine ist ein Kriegsprodukt, das andere ist der Weiterbau und die Fortführung jener Wissenschaft und Politik, deren Geburtsurkunde, das kommunistische Manifest, vor nun reichlich 70 Jahren geschrieben wurde.

## Die Frage der Landesverteidigung.

Von R. Kautsky.

### 3. Widersprüche und Inkonsistenzen.

Wie unzureichend die Auffassungen der Regierungsozialisten sind, erhellt schon daraus, daß sie nicht in der Lage sind, ihnen konsequent treu zu bleiben. Auf Schritt und Tritt müssen sie sie verlassen. So ist auch Nemmer nicht imstande, sich der Stellung und Verantwortung der „Reichsvaterfrage“ zu enthalten. Gelegentlich äußert er selbst, wo er die Schuldigen sucht, und er bezeichnet als solche nicht bloß die Bourgeoisie, sondern auch die Arbeiter Frankreichs und Englands:

„Man geht leider zu oft mit Eillschweigen über die Tatsache hinweg, daß die englische und die französische Arbeiterklasse bis auf eine verschwindende Minderheit durch ihre Vertrauensmänner sich geradezu zum Träger des Krieges gemacht haben, was die deutsche Partei nie getan hat.“ (Marxismus, Krieg usw. S. 373.)

Nach einschläferter brüden sich jene seiner Freunde aus, die im Rahmen der alten deutschen Sozialdemokratie den internationalen Sozialismus notzürigen, die David, Heilmann usw. Sie stimmen nicht immer darin überein, wer der Schuldige ist, ob Peter von Serbien, ob der Zar, ob Poincaré, ob Grey, wissen aber in jedem einzelnen Fall den Schuldbeleg ganz genau zu führen. David hat über diese „Reichsvaterfrage“ ein eigenes Buch geschrieben: „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.“

Und das ist ganz natürlich, denn so verschieden auch der Standpunkt der Landesverteidigung von dem des Verteidigungskrieges ist, seine propagandistische Kraft bekommt der erstere dadurch, daß er teils unbewußt, teils in bewußter Absicht mit dem letzteren zusammengeworfen wird. Das stärkste Argument ist stets die Erklärung: Der Krieg ist uns aufgezwungen worden.

Vom Standpunkt der absoluten Verjahung der Landesverteidigung ist die Verantwortung der Schuldfrage gleichgültig. Sie ist dagegen grundlegend für die Verantwortung der Frage, ob der Krieg ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg ist.

Und so kommt es, daß diejenigen, die die Landesverteidigung und den Verteidigungskrieg durch-einanderwerfen, auch sich selbst dadurch widersprechen, daß sie die Schuldfrage als belanglos, ja als „unwissenschaftlich“ hinstellen, um sie dann doch selbst zu beantworten.

Am komischsten ist es allerdings, daß Nemmer einmal gleichzeitig erklärt, die Schuldfrage sei erst nach dem Kriege zu beantworten, und doch genau weiß, daß dieser ein Verteidigungskrieg ist:

„Je größer das ökonomische und politische Interesse und die Mitverantwortung des Proletariats, um so größer die physische und moralische Zwangslage, den einmal ausgebrochenen, von wem immer verschuldeten, noch so sehr gehaltenen Krieg im Interesse des Proletariats selbst so lange auf die eigene Schulter zu nehmen, als er den Charakter der Verteidigung besitzt, und die Abrechnung über die Verschuldung wie über die Folgen des Krieges der inneren Auseinandersetzung nach dem Kriege vorzubehalten.“ (Marxismus usw. S. 380.)

Also das Proletariat soll den Krieg als Verteidigungskrieg auf die eigenen Schultern nehmen, und nach dem Kriege untersuchen, welcher Staat eigentlich der Angreifer, welcher der Verteidiger war, warum und wozu man eigentlich Krieg führte. Man sollte annehmen, daß es von Anfang an die dringendste Pflicht eines jeden Politikers und vor allem eines jeden Parlamentariers wäre, der über Kriegskredite abzustimmen hat, in diesen Fragen Klarheit zu bekommen und Klarheit zu schaffen und von seiner Regierung alle notwendigen Aufschlüsse zu fordern, selbst auf die Gefahr hin, von einem erleuchteten Kriegsmarxisten altväterlicher Reichsvatermanner geziehen zu werden.

### 4. Rußland und Deutschland.

Die Verfechter der „Landesverteidigung“ beschränken sich indes nicht darauf, sie mit dem Verteidigungskrieg zusammenzuwerfen und die Schuldfrage in gleichem Atem abzuwehren und zu beantworten. Sie machen sich noch weiterer Inkonsistenzen schuldig.

Ist die Parole der Landesverteidigung in dem Sinne, in dem sie von den Regierungsozialisten gebraucht wird, richtig, dann gilt sie für jedes Land, das im Kriege ist und von einer Niederlage bedroht ist. Merkwürdigerweise wurden jedoch dabei Ausnahmen gemacht. Die russischen Sozialisten hatten in der Duma nach Kriegsausbruch gegen die Kriegskredite gestimmt. Das behagt David gar wohl. Er schreibt darüber:

„Man kann die größte Hochachtung haben für den Mut und die Opferfreudigkeit von Männern, die lieber die Schreden der russischen Justiz über sich ergehen lassen, als mit der zarischen Regierung gemeinsame Sache zu machen. Daß man sich auch nicht solidarisch fühlt mit den herrschenden Kreisen eines solchen „Vaterlandes“ selbst im Falle eines Angriffs von außen, ist begreiflich. Und in diesem Falle konnte den russischen Sozialisten noch dazu nicht vorzogen bleiben, daß die Regierung des eigenen Landes nicht die angegriffene, sondern die angreifende Partei war. Aus diesem Grund wäre jede Kritik an dem Verhalten der russischen Sozialisten verfehlt.“ (Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, S. 162, 163.)

Ei, ei! Hier taucht plötzlich die Regierung auf! Sonst kann David nicht laut genug verkünden, daß man die Kriegskredite dem Volke bewilligt, nicht der Regierung. In Rußland ist das offenbar anders. Dort ist auch das Vaterland nur eins mit Gänsefüßchen geworden, ein Land, dessen Verteidigung selbst im Falle eines Angriffs nicht lohnt. Warum? Wegen seiner schlechten Regierung. Und die russischen Sozialisten hatten alle Ursache und jede Möglichkeit,

die Schuldfrage zu erwägen und zu beantworten, nicht erst nach dem Kriege, sondern gleich bei seinem Ausbruch. Für sie gilt also nicht das Kennzeichen Rejzet, daß bei Kriegsausbruch nur zwei Fragen von den Sozialisten zu beantworten seien: 1. Ist der Krieg wirklich da? 2. Was ist zu tun, um eine Niederlage zu verhindern? (Vergl. seinen Marxismus, Krieg usw., S. 370.)

Doch David geht noch weiter. Er verkündet jetzt laut, daß die russische Revolution sein und seiner Freunde Werk sei, die die Kriegskredite in Deutschland bewilligten, dadurch den Sieg der deutschen Armeen über die russischen möglich machten und den Umsturz des Zarismus herbeiführten.

Daß will hier nicht weiter mit David darüber rechten, warum er die Verdienste um die russische Revolution bloß auf die alte deutsche Sozialdemokratie beschränkt und nicht auf alle ausdehnen will, die in Deutschland Kriegskredite forderten und bewilligten. Die Herren Bekker und Stresemann haben sich doch in diesem Sinne ebenso wie die russische Revolution verdient gemacht wie die Herren David und Scheidemann. Ich will mich auch nicht weiter bei der Frage aufhalten, warum die Letzteren, die sich rühmen, die Revolution nach Rußland getragen zu haben, sich jetzt so über die Volkswelt entrühen, die das Geschenk gern mit einem gleichen Gegengeschenk beantwortet hätten. Endlich will ich nicht weiter dabei verweilen, daß Rußland schon vor dem Kriege einer neuen Revolution entgegenriech, und daß gerade der Krieg und die Art seines Abchlusses Bedingungen geschaffen hat, die die Behauptung der Revolution aufs äußerste erschweren.

Nur eines sei hier betont: Wo bleibt das absolute Prinzip der Landesverteidigung, wenn Verhältnisse denkbar sind, in denen sogar eine Niederlage und eine feindliche Invasion zur Wohltat werden können, sobald sie dem bestehenden Regierungssystem den Garaus machen?

Und stellt sich hier David nicht auf den gleichen Standpunkt wie wir, daß die Frage der Landesverteidigung nicht isoliert, sondern in dem politischen Gesamtzusammenhang, in dem sie steht, zu erörtern sei? Ja, Bauer, sagt David, das ist etwas ganz anderes. Das ist gut für Rußland, aber nicht für uns.

Deutschland ist nicht Rußland. Zwar gibt es einige politische Kräfte, die glauben oder wenigstens behaupten, die politischen und sozialen Verhältnisse in Preußen-Deutschland seien nicht besser als die Rußlands und darum verloren die deutschen Arbeiter nichts, wenn sie das russische Regime gegen das deutsche einmischen. Allein mit solchen Geistern ernsthaft zu diskutieren, diehe sich selber zum Ratten machen.“ (S. 163.)

Also die Landesverteidigung ist doch kein absolutes Prinzip, sie versteht sich nicht unter allen Umständen von selbst, ohne Untersuchung des politischen Zusammenhanges, aber sie versteht sich von selbst für uns in Deutschland, weil unsere politischen und sozialen Verhältnisse um so viel besser sind.

Hier enthüllt sich uns die geheime Wurzel der Auffassung der Regierungsozialisten von der Landesverteidigung: Das Vertrauen zur bestehenden Regierung, zum bestehenden Regierungssystem. Es macht für sie jede besondere Untersuchung der politischen Zusammenhänge der Landesverteidigung überflüssig, macht für sie die Bewilligung der Kriegskredite notwendig, wie immer die Politik der Regierung sein mag.

Das Vertrauen zur Regierung, das kennzeichnet nach Nemmer den reifen Sozialisten. Er findet:

„Die bloße Tatsache, daß, je entwickelter ein Proletariat war, desto näher seine Vertreter zur Staatsregierung getreten sind, gibt sehr zu denken. Also wäre der Grad der Staatsnähe und nicht der Staatsferne ein Merkmal der Klassenreife.“ (Marxismus usw. S. 379.)

Sehr viel mehr zu denken gibt die „bloße Tatsache“, daß Nemmer die Annäherung des Proletariats an die Regierung nicht vom Charakter der Letzteren abhängig macht — davon spricht er mit keiner Silbe — sondern von der Entwicklungsstufe des Proletariats. Je größer dessen „Klassenreife“, desto ungemessener sein Vertrauen zur Regierung.

Hier liegt der tiefe Grund des Zwiespalt zwischen der unabhängigen und der abhängigen Sozialdemokratie, wie in andern Fragen so auch der Landesverteidigung. Kein unabhängiger Sozialdemokrat will sein Land äußeren Feinden preisgeben, „Landesverrat“ üben. Aber er steht die größten Gefahren, die dem Volke drohen, anderwärts, als der abhängige Sozialdemokrat: seine Methode, Land und Volk zu schützen, unterscheidet sich sehr wesentlich von der abhängigen.

Der Gegensatz beider läßt sich aber nur begründen und erklären durch Erörterung unserer gesamten inneren und äußeren Politik. Die Loslösung der Frage der Landesverteidigung aus diesem Zusammenhang wirkt bloß verwirrend und nützt nur jenen, denen es nicht um Klärung zu tun ist, die im Trüben zu fischen suchen.

## West-östliche Arabesken.

Von A. Sander.

Nur bevor der Friede mit Rußland im Reichstag angenommen wurde, bekannte Herr August Bünig in der „Glocke“ mit schöner Offenherzigkeit, daß der Friede kein Friede nach unserm Herzen sei. Er bemängelte, daß die Mehrheitspartei nur schöne Worte von Verständigung und Versöhnung gesprochen, aber nichts getan habe, um ein klares Programm über die Neuordnung im Osten aufzustellen. Und er prägte schließlich das Wort, daß die unartige Politik der Mehrheitspartei zwar auf guten Füßen stehe, aber leider auf dem Boden der gebundenen Hände.

Es sind nur wenige Wochen nach dieser Selbstkastei ins Land gegangen, und Herr Münnig ist bereits anderer Meinung geworden. Jetzt steht der Ostfriede und die Art, wie er herbeigeführt wurde,

glänzend gerechtfertigt da, und es ist nur der ewigen Kritikelei und Körgelei, die dem Deutschen im Blute liegen, zuzuschreiben, daß an dem Ostfrieden überhaupt Kritik geübt wurde. Doch hören wir, wie Herr Winnig das in einem Artikel „Vom deutschen Wesen“ in der „Glocke“ vom 6. April des näheren begründet:

Wir kämpfen mit Glück. Den Ring, der uns erdrücken sollte, zerbrechen wir — gerade an der Stelle, wo er am stärksten schien. Das russische Weltreich, gegründet auf rohe Gewalt und Unterjochung, bricht militärisch und politisch zusammen. Aber wir sind weit entfernt, diese Gunst der Stunde auszunutzen. Mit Gewehr bei Fuß stehen wir dabei, als sich das Weltreich in inneren Kämpfen windet. Wir machen uns die Parole zu eigen, mit der die Verweiser des zarischen Erbes ihr Land aus dem Zusammenbruch retten wollen, und akzeptieren die Formel: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen — einem Länderkomplex gegenüber, der zu vier Fünfteln aus gewaltsam annektierten Gebieten besteht. Aber die Verhandlungen werden zu einer Komödie. Nicht den Frieden will man erhandeln, sondern durch die Verhandlungen die Revolution in Deutschland entfachen; die Revolution in einem Lande, das in einem verzweifeltsten Kampfe gegen alle großen Reiche der Erde steht. Die Regierung erkennt, was jedes Kind sieht, und macht der Komödie ein Ende. Sie durchkreuzt die Pläne und stellt die russischen Machtverhältnisse vor eine Zwangslage. Sie konzipiert ihnen einen Frieden, der noch immer frei von Annexionen und Entschädigungen ist. Sie verlangt nichts weiter als die Anerkennung, daß die Loslösung einiger Fremdvölker aus dem Gefüge des russischen Staates, die bereits durch die russische Regierung diesen Völkern zugesichert ist, als dauernde Tatsache stabilisiert wird, und sichert sich den bestimmenden Einfluß auf diese neuen Staaten.

Und wir? Nun, wir wissen nichts Besseres zu tun, als der Regierung Vorwürfe zu machen, daß sie mit den Interessen der Fremdvölker, und insbesondere mit den Interessen Großrusslands, nicht sauberlich genug umgegangen ist.

So wird in dem führenden Organ der Gewerkschafts- und Parteibureaus die Geschichte geschrieben. Auch ein Beitrag zu dem Kapitel Winnigs „Vom deutschen Wesen“.

In den Schaufenstern der Berliner Bäckereien und Butterhandlungen hängt seit einigen Tagen eine große Karte: Die Ukraine, Land und Volk, deren Defizite uns wohl zu freundlicheren Gedanken verhelfen soll. Mit schöner roter Farbe sind die voraussichtlichen Grenzen der ukrainischen Völkerepublik gezeichnet, die sich von Cholm und Polesje bis an das Schwarze Meer und über den Kuban bis zum Kaukasus ausdehnt (der größte Teil Bekarabiens ist allerdings für sorglich für die Rumänen und die südliche Hälfte der Arim für die Tataren reserviert). Eine Reihe Zahlen illustriert die Produktion dieses „reichsten Landes“ des ehemaligen russischen Reiches, und zusammenfassend heißt es: Die landwirtschaftliche Produktion der Ukraine im Frieden könnte den Bedarf der Mittelmächte sicherstellen, ihre reichen Schätze an Kohle, Erz, Salz und Petroleum (?) würden einen Uberschuß für Mitteleuropa lassen.

Auf denselben Ton wie dieses Reklamebild ist ein Leitartikel Heinrich Cunow's im „Hamburger Echo“ gestimmt. Auch er schildert die Ukraine als das reichste Gebiet Russlands, dessen Schätze und Erzeugnisse jetzt Deutschland zur Verfügung ständen. Herr Cunow stellt nun diese Tatsache dem „Schlagwort“: „kein Gewalt, sondern Verständigungsfrieden“ gegenüber und wünscht, daß statt der „rein agitatorischen Gesichtspunkte“, nach denen sich „leider“ manche Parteigenossen der Mehrheit bei ihrer Kritik des Ostfriedens orientierten, stets die „realpolitische Frage“ in den Vordergrund gestellt werden sollte: „Was nützt der deutschen Arbeiterklasse und ihrem Ausstieg?“

Da Herr Cunow den „Nutzen“ der deutschen Arbeiterklasse vollkommen mit dem des deutschen Kapitals, des deutschen Imperialismus identifiziert, betrachtet er die wirtschaftspolitischen Perspektiven im Osten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt eines Händlers, dem alle weitergehenden politischen Betrachtungen und selbstverständlich auch alle sozialen Momente vollkommen fremd und gleichgültig sind. Alle Einwände gegen den „Ostfrieden“ hält er schon deshalb für hinfällig, weil die großen Naturkräfte, die die Stärkung und Wiedergeburt des jetzt geschlagenen Russlands ermöglichen könnten, zum Teil gar nicht im großrussischen Gebiet, sondern vielmehr im abgegriffeneren Westrussland liegen. Großrussland sei ein verhältnismäßig armes und wirtschaftlich schwaches Land. Deshalb könne Deutschland, wenn es ihm gelinge, mit der Ukraine, Polen, Litauen, Kurland, Livland, Estland und Finnland günstige Handelsbeziehungen anzuknüpfen, den Verlust des großrussischen Marktes verschmerzen. Anmal die neugebildeten Randstaaten zur Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit gezwungen sein würden, sich an Deutschland anzulehnen, und die Beherrschung der Schwarzmeerküsten den Mittelmächten die Möglichkeit geben würde, wichtige Rohstoffe aus Vorderasien herüberzuholen.

Auf Grund dieser lustigen Konstruktion, die nur zu sehr an die bekannte Milchmädchenrechnung erinnert, kommt Herr Cunow zu dem Ergebnis, daß die Stimmenthaltung der Mehrheitsfraktion bei der Abstimmung über den Ostfrieden ein Fehler gewesen sei. Er hofft, daß bei der Erörterung des Friedensschlusses mit Rumänien eine andere Entscheidung getroffen werde. — Bis dahin hoffen wir, daß der Artikel Cunow's mindestens der Ehre gewürdigt wird, in den Schaufenstern der Butterhand-

lungen neben dem Reklamebild aus der Ukraine die Herzen der Passanten zu erfreuen.

Die plötzliche Schwertung Cunow's von seiner Niedermit-England-Politik zur imperialistischen Politik der Rohrbach und Jachth wird recht drastisch illustriert durch die bewegliche Klage Max Schip-pels in den „Sozialistischen Monatsheften“, das steuerlose Umbringen der gegenteiligen antiimperialistischen Auffassung zur „kurzsichtig bequemen Pufferstaatspolitik“ enthält lediglich, wie wenig tief in Deutschland das weltpolitische Neulernen bisher noch immer ging. Der Vorwurf ist nicht unberechtigt und trifft insbesondere Cunow, den jetzigen Vetter der vom Parteivorstand annektierten „Neuen Zeit“, der, seitdem er den Boden des Marxismus verlassen hat, wie ein steuerloses Brau auf den Bogen der Tagespolitik treibt. Schippel dagegen darf für sich mindestens in Anspruch nehmen, daß er den antiimperialistischen Standpunkt konsequent verfolgt und aus ihm recht durchschlagende Argumente gegen die jetzt inaugurierte Ostpolitik schöpft. In seinem letzten Artikel zitiert er das Wort Wis-mards: man solle nicht glauben, daß man Groß-russland als tote Masse betrachten dürfe, und er weist mit vollem Recht darauf hin, daß einer britischen Politik, die ihre jetzt erklärten Scharten später wieder auszuweichen versuche, jederzeit ein antideutsches, große deutsche Kräfte bindendes Russland sich als ver-geltungsuchender Bundesgenosse ganz von selber darbieten würde.

Es ist nicht ohne Reiz, daß diese Annäherung zwischen Großrussland und der Entente sich schon jetzt unter der bolschewistischen Herrschaft abbahnt, obwohl die Bolschewiki einerseits und die Ententediplomaten andererseits auch die letzten Brücken zueinander abgebrochen hatten. Die aus Finnland nach Wologda zurückgekehrten Botschafter und Gesandten der alliierten Mächte erklären in einer Note an die russische Presse vom 27. März, die Friedensbedingungen von Brest-Litovsk hätten die Alliierten gezwungen, ihre schwer bedrohten Interessen zu verteidigen. Jetzt jedoch hielten sie es für notwendig, nach Russland zurückzukehren. Fast zu gleicher Zeit schreibt Litwinoff, der bolschewistische Botschafter in London, in einem Artikel im „Manchester Guardian“, die Entente schädige ihre eigenen Interessen, wenn sie eine Intervention Japans in Sibirien zuließe. Russland sei bereit, ohne sich formell zu binden, die Hilfe der Entente für seinen Existenzkampf entgegenzunehmen. Ähnlich äußert sich Ransome, der Moskauer Vertreter der „Daily News“, der der englischen Regierung dringend anräht, im Interesse Englands und zum Nachteil Deutschlands die Sowjetregierung zu befestigen. — Gemeinsame Aktionsmöglich-keiten ergeben sich übrigens schon jetzt, wie das Beispiel des Zusammenwirkens der Sowjetregierung mit der Entente zum Schutz der Murmanbahn zeigt, die durch das Vorgehen der finnischen weißen Garde bedroht ist. Noch enger scheinen sich die Beziehungen der Sowjetregierung zu der Regierung der Verei-nigten Staaten zu gestalten. Zur Eröffnung des Moskauer Sowjetkongresses am 14. März sandte Wilson ein Begrüßungstelegramm, in dem er namens der Regierung der Vereinigten Staaten dem russischen Volke die Versicherung gab, alle Mittel aufzuwenden, um Russland zur vollen Souveränität und Unabhängigkeit und zu seiner früheren Stellung in der europäischen Politik zu verhelfen. Der Kongress sprach Wilson in einem Antworttelegramm seine Entschlossenheit für die dem russischen Volke ausgedrückte Sympathie aus, und in einem Leitartikel der offiziellen „Westija“ kennzeichnete Genosse Stelios das Telegramm Wilson's als ein Dokument von außer-ordentlicher politischer Bedeutung. Der politische Re-alismus diktiert Russland die Annäherung an die große Demokratie der Vereinigten Staaten. Auch sie handle nicht uneigennützig, da die Vereinigten Staaten der natürlichen Konkurrent Deutschlands auf dem russischen Markt und der Gegner Japans am Stillen Ozean seien. Aber zwischen dem Imperialismus Japans und Deutschland gestellt, müsse Russland die Hand der Vereinigten Staaten ergreifen, um innerlich zu stärken und alle äußeren Angriffe auf die Wurzeln seiner Existenz abzuwehren.

Es ist schwer, sich bei der fast hermetischen Abgeschlossenheit von Russland ein lares Bild der dort herrschenden Strömungen zu machen. Aber schon die vorhandenen Nachrichten weisen unzweifelhaft darauf hin, daß die innere wie die äußere Politik Russlands sich konsequent in der Richtung fortentwickelt, die ihr durch die eiserne Logik des Ostfriedens gewiesen wird. Es ist nicht die Richtung, die Cunow und Konfessionen in ihrem Irrwahn zu sehen vermögen.

### Groß-Berliner Chronik.

Die Kohlennot will kein Ende nehmen. Tausende laufen tagtäglich zum Kohlenhändler und stellen sich stundenlang an, um auf ihre Karten Kohlen zu bekommen, die am 15. Mai verfallen. Die Kohlenhändler können die Kunden nicht bedienen, da sie selber keine Kohlen haben. Was nützen alle Karten, wenn man darauf nichts erhält. Jetzt will die Kohlenstelle den Verfalltermin der Karten auf den 1. Juni festsetzen. Wenn es aber nicht besser mit der Belieferung der Händler wird, nützt auch diese Maßnahme nichts. Dafür soll aber die Gasstrafe eingezogen werden von denjenigen, die mehr verbraucht haben, als sie löstten. Nun ist doch klar, daß derjenige, der Kohlen nicht erhält, Gas verhauchte. Dafür will man noch die Strafe einzulösen. Man will mit „Milde“ verfahren, heißt es. In Wirklichkeit ist es einfach unerhört, überhaupt noch Strafe zu erheben. 50 Pf. pro Kubikmeter sollen bezahlt werden. Ist das nicht überhaupt ein Wucherpreis, gegen den eingeschritten werden müßte?

Zur Kohlennot kommt die Schuh-, die Kleider- und die Wäsche-not. Das Alte ist ziemlich aufgebraucht. Neues gibt's kaum und das ist fürchtbar teuer.

Für Anzüge oder Schuhe müssen heute kleine Vermögen angelegt werden, soweit wenigstens die ärmere Bevölkerung in Frage kommt. Man will man hantieren gehen nach Anzügen, die abgegeben werden sollen. Viel wird da nicht herauskommen. Und dann sollen die Belieferungsstellen in Funktion treten. Da wird was rechts herauskommen. Denn was Geheiltes hat man von diesen Alt-Kleider-Verwertungsstellen noch nicht gehört. Nur der Besitzende, der Kriegsgewinnler wird davon wenig merken. Wer heute viel Geld hat, kann sich nicht nur gut nähren, sondern sich auch sehr elegant kleiden.

Wie Polizeiaagentinnen manamal arbeiten, dafür lieferte eine kürzlich vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg stattgehabte Gerichtsverhandlung einen hübschen Beitrag. Angeklagt war wegen verbotenen Goldhandels der Kaufmann Mendison, ein englischer Staatsangehöriger, und der Faktor Schröder. Die Polizei hatte durch eine Agentin davon Kenntnis erhalten, daß die beiden Angeklagten in dem Café Leon am Rollendortplatz einen größeren Posten Goldstücke für 36 Mark das Stück zu verkaufen suchten; sie hatte beide auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Zu der Verhandlung hatte Rechtsanwalt Dr. Julius Reger I die Ladung der Polizeiaagentin Reger beantragt, die inzwischen wegen Diebstahls verhaftet war und aus dem Untersuchungsgewahrsam vorgeführt wurde. Die Vernehmung der Zeugin, die sich fortwährend ihrer hohen Beziehungen rühmte und behauptete, in vorliegendem Fall im ausdrücklichen Auftrag eines Offiziers vom politischen Amt gehandelt zu haben, ergab die eigenartige Aufklärung, daß die Polizeiaagentin selbst das ganze Goldgeschäft eingeleitet und die Angeklagten erst zu der Straftat angeführt hatte, um die Differenz im Stückpreis zwischen 30 und 36 Mark in die eigene Tasche zu stecken. Der Amtsanwalt beantragte mit Rücksicht auf dieses Ergebnis der Verhandlung, von einer Gefängnisstrafe Abstand zu nehmen und die Angeklagten nur zu Geldstrafen von 500 und 300 Mark zu verurteilen. Von dem Verteidiger wurde ausgeführt, daß die Angeklagten ausschließlich das Opfer der Polizeiaagentin geworden seien und deshalb mit besonderer Milde beurteilt werden müßten. Das Gericht ging bei der Strafmaßung noch unter den Antrag des Amtsanwalts herunter und erkannte gegen Mendison auf 50 Mark und gegen Schröder auf 30 Mark Geldstrafe, da, wie der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Bennenwig, in der Urteilsbegründung bemerkte, die Polizeiaagentin als Hauptangeklagte auf die Anklagebank gehört hätte.

Am 1. Mai flatterte auf einem Hause Unter den Linden eine rote Fahne. Wenn früher unter dem Sozialistengesetz an einer Telegraphenstange eine rote Fahne flatterte, wurde schnell die Feuerwehr herbeigeholt, um das staatsgefährliche Ding herunterzuholen. Diesmal wurde die Feuerwehr nicht alarmiert, obgleich die rote Fahne ausgerechnet Unter den Linden aufgezogen war. Mancher staatsverhaltende Bürger mag entsetzt gewesen sein, daß das rote Banner hoch oben lustig wehte. Es war das Haus der russischen Botschaft, das die rote Fahne als Nationalflagge zur Feier des 1. Mai aufgezogen hatte. Und in der Botschaft selber waren Freunde des Herrn Joffe, des jetzigen Botschafters, geladen, um in den Räumen, in denen sonst Fürsten und Grafen große Feten gaben, einfach und würdig den 1. Mai zu begehen.

Hersteller falscher Brotkarten sind wieder aufgetaucht, es haben erneute Verhaftungen stattgefunden.

Die Güterdiebstähle nehmen kein Ende. Auf dem Lehrter Bahnhof wurde ein Hilfsrangierer dabei erwischt, wie er mehrere Kisten kondensierter Milch beladete schaffte; er wurde verhaftet. In seiner Wohnung fand man eine Menge Waren, die gestohlen waren.

Straßenbahnzusammenstöße haben mehrere stattgefunden, wobei erhebliche Verletzungen vorkamen.

Ein falscher Schugmann hat in einem Berliner Vorort Angestellte einer Brotkommission nach Hause geschickt, da er die Aufsicht über die Brotkarten übernehmen wollte. Als der richtige Schugmann, der mit der Aufsicht betraut war, ankam, war der falsche Schugmann verschwunden und mit ihm große Mengen Brotkarten.

Ein Erholungsheim für Beamte und Arbeiter hat Herr Aron Hirsch von der Hirschischen Kupfer- und Messingwerke-Aktiengesellschaft gestiftet. Das Heim ist am Werbellinsee gelegen und wurde am Sonntag im Beisein des Generalobersten von Kessel, Kultusminister Schmidt und anderen feierlich eröffnet. In solche Heime kommen nach bisherigen Erfahrungen Beamte und Werkmeister, während die Arbeiter dabei durchgängig den kürzeren ziehen, es sei denn, es handelt sich um wohlgestimmte Leute.

Wegen Verkaufes eines getragenen Kleidungsstückes an eine Privatperson ist eine hiesige Einwohnerin zu 20 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis verurteilt worden.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Die Bibliothek der Schule ist bis auf weiteres wieder an jedem Donnerstag, abends von 7 bis 9 Uhr geöffnet und steht den Hörern und den Mitglie-dern der Groß-Berliner Wahlvereine gegen entsprechende Legitimation (Mitgliedsbuch u. dergl.) unentgeltlich zur Verfügung.

### Redaktionsklub: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Veid; Verleger A. Hoffmann; Felde Berlin D. 27, Schilderstraße 5. Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.